

## Informationen über Wilfried von Loewenfeld

### Inhalt

Lebensdaten.....	2
Marine und Erster Weltkrieg.....	2
Freikorps.....	3
Kapp-Putsch .....	3
Organisation Consul, OC .....	4
Ehrengrabstatus aberkannt 2019 .....	4
Anhang 1 :Kuhl: Rezension zu René Hoffmann, Loewenfeld.....	5
Klaus Kuhl: Rezension zu: René Hoffmann: Die Marinebrigade von Loewenfeld. Freikorpsgeschichte und Deutungsvormacht. Frank & Timme, Berlin 2023. ....	6
Anhang 2: Kuhl: Auszüge aus, Zusammenfassungen von und Kommentare zu René Hoffmann, Loewenfeld .....	10
Hoffmanns Inhaltsverzeichnis.....	12
Einleitung (9-14) .....	13
1: Die 3. Marinebrigade von Loewenfeld (15-257) .....	14
1.1 Woher sie kamen: Erfahrungshintergründe der Marine-Freiwilligen (15-44).....	14
1.2 Der beargwöhnte Vorläufer: Die Brigade der Deck- und Unteroffiziere [1. Marine- Brigade] (45–60) .....	18
1.3 Die Formierung der 3. Marinebrigade (61–84).....	19
1.4 Einsatz bis März 1920 (85–117) .....	20
1.5 Brigade und Kapp-Putsch (118–155).....	22
1.6 Der letzte Auftrag (156–189) .....	30
1.7 Auflösung (190–207) .....	32
1.8 Nachwirkungen (208–223).....	32
1.9 Der Weg des Kommandeurs (224–258).....	32
2: Entwicklung und Durchsetzung eines Geschichtsbildes (259-356).....	34
Zusammenfassung (357-363).....	39
Anhang (365-481) .....	42
Anhang 3: Auszüge aus einem Artikel Loewenfelds 1935 .....	44

## Lebensdaten

Wilhelm Friedrich (Wilfried) Julius Hans Höffer von Loewenfeld

\* 25. September 1879 in Spandau; † 5. Juli 1946 in Schleswig.

Er entstammte einem Adelsgeschlecht, das seit dem 17. Jahrhundert in Schwaben bekannt ist und war der Sohn des preußischen Generalmajors Julius von Loewenfeld (1838–1916) und dessen Ehefrau Elisabeth, geborene von Witzleben (\* 1854; † nach 1933).

Loewenfeld heiratete am 24. September 1927 in Berlin Dorothee Gräfin von Bismarck-Schönhausen, die aus erster Ehe mit Reinhold Graf von Rehbinder geschieden und Enkelin des ersten Reichskanzlers war.<sup>1</sup>

## Marine und Erster Weltkrieg

Im Mai 1912 wurde L. Erster Offizier auf dem Kleinen Kreuzer SMS BRESLAU. Dort wurde er auch väterlicher Freund und Mentor des späteren Großadmirals Karl Dönitz.

Vom 17. August 1917 bis 7. August 1918 war er im Stab der I. Marine-Division tätig und erlebte hier die verlustreichen Stellungskämpfe an der Westfront in Flandern.

Anschließend wurde L. Erster Adjutant des Chefs der Seekriegsleitung (SKL), Reinhard Scheer. Chef des Stabes war von Levetzow, einer der Urheber des Plans einer „letzten Schlacht“ gegen England und zur Zeit des Kapp-Putsches Chef der Marinestation der Ostsee (MStO) in Kiel.

In einer Sitzung in der MStO am 3. November 1918: beschloss man, den bei den Mannschaften verhassten I. Offizier auf dem Großlinienschiff SMS MARKGRAF durch L. zu ersetzen.<sup>2</sup> Dies geschah im Zuge der Kommandierung von jüngeren Offizieren auf das III. Geschwader, um Besatzungen zu überzeugen, die Befehlsverweigerungen abubrechen und sich wieder vorbehaltlos den Offizieren zu unterstellen. Dies erfolgte durch das Kommando der Hochseestreitkräfte (KdH) in Abstimmung mit der Seekriegsleitung (SKL).

Auf Druck der Mannschaften musste aber auch Loewenfeld nach wenigen Tagen wieder weggeschickt werden. Er fuhr mit einem Torpedoboot nach Mecklenburg. Nach Aussagen des MARKGRAF-Matrosen Karl Bock, wurde er abkommandiert durch die Mannschaften.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Wikipedia-Autoren: Wilfried von Loewenfeld. In: Wikipedia – Die freie Enzyklopädie. Online zugänglich (aufgerufen am 10. Juni 2024) unter:

[https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Wilfried\\_von\\_Loewenfeld&oldid=243314275](https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Wilfried_von_Loewenfeld&oldid=243314275) (Permanentlink).

Neuere Literatur: Norbert Kozicki: Friedrich Eberts Regierungstruppen nach der Novemberrevolution. Die Geschichte des Freikorps Aulock, der 3. Marine-Brigade Loewenfeld und des Freikorps Epp. Beiträge zum Ursprung des deutschen Faschismus. Berlin 2023.

<sup>2</sup> Martin Rackwitz: Kiel 1918. Kiel 2018, S. 61

<sup>3</sup> Vgl. Zeitzeugnis Karl Bock. Online zugänglich (aufgerufen am 16. Juni 2024) unter: [https://www.kiel-wiki.de/Zeitzeugen\\_Matrosen%E2%80%933\\_und\\_Arbeiteraufstand\\_1918/1919#Karl\\_Bock](https://www.kiel-wiki.de/Zeitzeugen_Matrosen%E2%80%933_und_Arbeiteraufstand_1918/1919#Karl_Bock). Dort auch Auszüge aus dem Tagebuch Loewenfelds.

## Freikorps

L. wurde von der SKL am 17.11.1918 zur MStO kommandiert.<sup>4</sup> Canaris wird Noskes Verbindungsmann.<sup>5</sup>

**Bericht Loewenfelds 1934/1935** (Bundesarchiv BArch RM 122/116, Bl. 30–133)<sup>6</sup>: Ohne Noske wäre es nicht zur Aufstellung der Freicorps gekommen (gilt auch für Einheit von Ehrhardt)

Verheimlichte Alboldt<sup>7</sup> (Vorsitzender des Deckoffizierbundes) „... dass wir im Grunde genommen gegenrevolutionäre Ziele hatten.“

Schlusswort Teil 1: So sind die, die nach der Auflösung getrennt marschierten, heute wieder vereint und bei den Erinnerungsfeiern des Freikorps sieht man nebeneinander die ehemaligen Freiwilligen in den verschiedensten Uniformen – Reichsmarine, Reichsheer, alte Armee, SA und SS, und das schlichte Feldgrau des Freikorpskämpfers – aber alle in gleichem Geist, dem alten Freikorpsgeist! (Bl. 52)

Loewenfeld bezeichnete den Vors. des Obersten Soldatenrats, OSR Franz Riefstahl (Deckoffizier (DO) und MSPD) als widerlichen aufgeblasenen roten Gesellen und Offiziershasser. (Wette, S. 261).

Bei den Februarunruhen („Spartakusputsch“) in Kiel im Februar 1919 arbeitete er mit den DO-Verbänden zusammen und konnte den Einfluss der Seeoffiziere, die getarnt in Mannschaftsuniform mitkämpften, erheblich erhöhen. Noske genehmigte die Aufstellung des Freikorps jetzt offiziell über den Verbindungsmann Canaris.

## Kapp-Putsch

Begrüßte den Einmarsch Ehrhardts in Berlin, stritt das aber hinterher wieder ab. Folgte dem Plan der Putschisten (Ersetzung der Oberpräsidenten, Polizeikommandanten, ...) (Wette, S. 255)

In Kiel war das Loewenfeld Bataillon Claassen (späterer SS-Brigadegeneral) die Hauptstütze Levetzows. Wurde von der Arbeiterwehr in Zusammenarbeit mit der Sicherheitspolizei aus Kiel vertrieben; viele Opfer darunter die auf dem Nordfriedhof Kiel begrabenen Freikorpsmitglieder.

Nach dem Putsch sagte Ehrhardt „möchte den sehen, der uns entwaffnen will“ ... (Wette, S. 684 f.)

Trotz seiner republikfeindlichen Einstellung wurde Loewenfeld wie viele andere republikfeindliche Marineoffiziere 1920 in die Reichsmarine übernommen. Obwohl der Untersuchungsausschuss zum Ergebnis kam, L. habe sich im Sinne der Kapp-Regierung betätigt. Der Ausschuss beantragte Überweisung an Oberreichsanwalt und vorläufige Enthebung vom Dienst. (Francis L. Carsten: Reichswehr und Politik 1918–1933. Köln Berlin 1964, S. 110.)

Legien / Ebert / USPD –Arbeiterregierung ... (siehe Miller, Opel, Wette)  
Rolle in den Ruhrkämpfen ...

---

<sup>4</sup> Wolfram Wette: Gustav Noske. Eine politische Biographie. Düsseldorf 1987, S. 249

<sup>5</sup> Wette, Noke, S. 251.

<sup>6</sup> Veröffentlicht als: Wilfried v. Loewenfeld: Das Freikorps von Loewenfeld. 3. Marine-Brigade. In: Hans Roden (Hrsg.): Deutsche Soldaten. Leipzig 1935. Der Entwurf des Beitrags ist zugänglich im Bundesarchiv-Militärarchiv unter BArch RM 122/116 Bl. 30–133.

<sup>7</sup> Loewenfeld schreibt fälschlich „Ahlboldt“.

Später wurde L. „Vernunftrepublikaner“ (Quelle ?).<sup>8</sup> Dies basiert auf v. Loewenfelds Einlassung kurz nach dem Kapp-Putsch, in der er eine gute Zusammenarbeit mit der MSPD in Schlesien behauptete.<sup>9</sup> Diese Einlassung stand aber unter großem Rechtfertigungsdruck so kurz nach dem Kapp-Putsch und wird durch seinen Artikel aus dem Jahr 1934/1935 widerlegt: danach war er durchgehend gegen Republik und Demokratie eingestellt. So schreibt er dort etwa, dass er im Kapp-Putsch in Breslau die mehrheitssozialdemokratische Regierung abgesetzt habe.<sup>10</sup>

## **Organisation Consul, OC**

1924 wurde er Chef des Stabes der Marinestation der Ostsee und zugleich Führer des Verbandes der Aufklärungstreitkräfte.

Von September 1925 bis zum März 1927 war Loewenfeld Leiter der Flottenabteilung in der Marineleitung. Dann wurde er Befehlshaber der Seestreitkräfte in der Ostsee und am 1. Januar 1928 zum Konteradmiral befördert.

In der VZ vom 16. Dezember 1926 berichtet Otto Eggerstedt über Putschvorbereitungen der OC auch in Kiel. Loewenfeld habe erklärt, er sollte dabei das Kommando in Kiel übernehmen.

## **Ehrengrabstatus aberkannt 2019**

Loewenfeld wurde am 31. Oktober 1928 aus dem Militärdienst unter Verleihung des Charakters als Vizeadmiral verabschiedet.

Begräbnisstätte auf dem Nordfriedhof in Kiel erhielt in den 1960-er Jahren den Status eines Ehrengrabs („Opfer der Revolution“).

2019 Diskussion um Aberkennung des Status.

Die Ratsversammlung in Kiel machte dies am 13. Juni 2019 rückgängig, weil bei der Verleihung 1968 eine Prüfung der Ehrungswürdigkeit nicht stattgefunden hat und weil Loewenfeld antidemokratische Absichten verfolgte, militärisch eigenmächtig agierte und eine tragende Rolle bei der brutalen Niederschlagung des Ruhraufstands 1920 spielte. Die Grabstätte wird jedoch weiterhin als historische Grabstätte erhalten und in einfacher Form gepflegt. Im Rahmen eines Beschriftungskonzepts von Denkmälern und Grabstätten auf dem Nordfriedhof soll auch dort eine Informationstafel angebracht werden.<sup>11</sup>

---

<sup>8</sup> Vgl. dazu auch die Arbeit von René Hoffmann (kommentiertes Exzerpt im Anhang), dieser sieht Loewenfeld „nicht unbedingt als ‚Vernunft-Republikaner‘, wie einige Autoren meinten, wohl [war er] aber als Patriot ein loyaler Staatsdiener“. René Hoffmann: Die Marinebrigade von Loewenfeld. Freikorpsgeschichte und Deutungsvormacht. Berlin 2023 (Geschichtswissenschaft, 38) S. 256 f.

<sup>9</sup> Wilfried von Loewenfeld: Bericht des Fregattenkapitän v. Loewenfeld über die 3. Marinebrigade (v. Loewenfeld), ihre Gründung und ihre Tätigkeit bis zur Auflösung. Ohne Jahres- (ca. Ende 1920) und Ortsangabe. BArch RM 8/1013 Bl. 42-52.

<sup>10</sup> Loewenfeld, Freikorps, BArch RM 122/116 Bl. 45 f.

<sup>11</sup> Sitzung der Ratsversammlung vom 13. Juni 2019. Tagesordnungspunkt Ehrengrab Loewenfeld. Online zugänglich (aufgerufen am 10. Juni 2024) unter: [https://www.kiel.de/de/politik\\_verwaltung/ratsversammlung/infosystem/to010?SILFDNR=4009&refresh=false](https://www.kiel.de/de/politik_verwaltung/ratsversammlung/infosystem/to010?SILFDNR=4009&refresh=false).

## **Anhang 1 :Kuhl: Rezension zu René Hoffmann, Loewenfeld**

## Klaus Kuhl: Rezension zu: René Hoffmann: Die Marinebrigade von Loewenfeld. Freikorpsgeschichte und Deutungsvormacht. Frank & Timme, Berlin 2023.

Die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) schrieb im Februar 2019, dass René Hoffmann seine Dissertation über die Rolle der Freikorps in den Jahren 1918 bis 1920 an der Hamburger Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr verfasst habe.<sup>12</sup> Eine Nachfrage 2024 bei der Universität ergab jedoch, dass Hoffmann dort nicht promoviert wurde.

Hoffmann beklagt sich am Ende seines hier zu besprechenden Folgebands über die Marinebrigade von Loewenfeld, dass bei Auseinandersetzungen im wissenschaftlichen Bereich immer häufiger und offener mit Einschüchterung und Diskreditierung gearbeitet werde und zitiert dann einen (umstrittenen) Journalisten mit der Aussage, dass die Grundlagen wissenschaftlicher Lauterkeit, und die Idee der Wahrheit als solche angegriffen würden (362 f.). Im Gegensatz zu seinem Anspruch auf wissenschaftliche Lauterkeit und auf die „Idee der Wahrheit als solche“ finden sich in seiner Arbeit eine ganze Reihe wissenschaftlicher Fehler und Auslassungen:

Bereits im ersten Abschnitt seiner Arbeit, in dem er den geschichtlichen Rahmen und die Geschichte der Loewenfeld-Brigade beschreibt, führt er bei wichtigen Quellen nur selektiv das an, was seinen Thesen nicht widerspricht:

- So zitiert er einen kurzen Satz aus den Erinnerungen des Reichskanzlers Max von Badens: „Die Aufrührer auf der Flotte haben der nationalen Verteidigung das Rückgrat gebrochen.“ (S. 36) Liest man jedoch den ganzen Abschnitt, so wird deutlich, dass v. Baden davon spricht, dass das **vorzeitige** Losschlagen der **Marineführung** der entscheidende Fehler war. Dadurch wäre das von der Regierung beabsichtigte spätere Losschlagen, nach Bekanntgabe der endgültigen Waffenstillstandsbedingungen, unmöglich geworden (und damit den Plänen der Regierung „das Rückgrat gebrochen“). Die Schuld dafür sieht er in erster Linie bei der Marineführung, nicht wie Hoffmann es darstellt, bei den Aufständischen (er kritisiert die Aufständischen, hat aber Verständnis für sie wegen des vorzeitigen Losschlagens der Marineführung).<sup>13</sup> Genau dies – nicht vorzeitig loszuschlagen – war bei dem Gespräch der Regierung mit den Spitzen des Militärs (u.a. Ludendorff, Scheer, v. Levetzow) am 25. Oktober diesen vom Vizekanzler v. Payer, der den erkrankten Baden vertrat, ausdrücklich mitgeteilt – und von diesen ignoriert – worden.<sup>14</sup>

---

<sup>12</sup> Anonym: Kernthesen einer wissenschaftlichen Arbeit. In: WAZ, 25. Februar 2019. Online zugänglich (aufgerufen am 11. Juni 2024) unter: <https://www.waz.de/staedte/bottrop/article216524051/kernthesen-einer-wissenschaftlichen-arbeit.html>.

<sup>13</sup> Prinz Max von Baden: Erinnerungen und Dokumente. Berlin und Leipzig 1927, S. 575 f. Dort heißt es u.a.: „Der Vorstoß der Flotte, unternommen während der schwebenden, mit hundert falschen Hoffnungen begleiteten Verhandlungen, musste an dem Gefühl der Mannschaften scheitern: ‚Morgen ist Frieden. Was hat es für einen Sinn, noch heute zu sterben?‘ Anders, wenn nach dem Eintreffen der Bedingungen die Flotte ausgefahren wäre, um eine Schmach abzuwenden, die sie am schwersten treffen sollte. Dann hätte das große Unternehmen gelingen und die nationale Erhebung einleiten und beflügeln können.“

<sup>14</sup> v. Payer schrieb dazu in seinen Erinnerungen, er habe ausgeführt, dass die Regierung die endgültigen Bedingungen abwarten wollte. Zu der Zeit hätte es insbesondere bei der Arbeiterschaft keine Kampfstimmung gegeben, aber wenn sich die Bedingungen für jedermann deutlich als unerträglich herausgestellt hätten, dann

- Hoffmann nimmt wiederholt Bezug auf die Dokumentation des von der Weimarer Nationalversammlung eingesetzten parlamentarischen Untersuchungsausschusses für die Schuldfragen des (Ersten) Weltkrieges (Werk des Untersuchungsausschusses, WUA). Z.B. behauptet er, der Ausschuss wäre zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Notwendigkeit für die Marineführung, die Regierung von ihrem geplanten Flottenvorstoß ins Bild zusetzen, nicht bestanden hätte (S. 37–41). Die abschließende Entschließung lässt diese Frage jedoch offen (WUA 9,1, S. XXI–XXIV) und der zeitweilige Geschäftsführer des Untersuchungsausschusses, der Jurist und ehemalige Richter, Dr. Ludwig Herz, liegt mit seiner Einschätzung sehr nah bei der Ansicht des von Hoffmann mir rhetorischen Herabsetzungen belegten Wilhelm Dittmann („Admiralsrebellion“<sup>15</sup>). Herz führte aus: Der Kaiser habe sich den Einsatz der Flotte ausdrücklich vorbehalten. Die politische Leitung habe vor dem Regierungsantritt v. Badens von allen großen militärischen Operationen Kenntnis erhalten. „... so musste die Seekriegsleitung aus seiner [des Kaisers] Äußerung [Unterstellung der Militärgewalt unter die Zivilgewalt], ... entnehmen, die Befehle, die er bisher als Oberster Kriegsherr zu erteilen hatte, seien nunmehr vom Kriegskabinett einzuholen. Wenn sie, ohne es zu tun, trotzdem ... ‚Fanfare blasen ließ‘, machte sie sich einer Auflehnung schuldig, die von dem juristischen Begriff der Meuterei nicht weit entfernt ist.“<sup>16</sup>
- Ähnlich verhält es sich mit Hoffmanns Aussagen über das Gutachten, das Wilhelm Dittmann vor dem Ausschuss erstattete. Er schreibt, Dittmanns Gutachten wäre vom Ausschuss verworfen worden. Die kurz danach herausgegebene Gegenrede des Konteradmirals Brüninghaus führt Hoffmann als Unterstützung seiner Argumentation an. (S. 38) Sieht man sich jedoch die bereits erwähnte abschließende Entschließung des Ausschusses an, so wurden verschiedene Aspekte des Dittmannschen Gutachtens aufgenommen (die Erklärungen und Motive der Mannschaften, das nicht autorisierte Vorgehen von SKL und KdH, kein beabsichtigter Umsturz bei den Befehlsverweigerungen, ...) während Brüninghaus' zentrale Aussage (eine umfassende Zersetzungsarbeit in der Marine wäre ursächlich für den Zusammenbruch gewesen)<sup>17</sup> ausdrücklich abgelehnt wurde.<sup>18</sup>
- Auch bezüglich einer für sein Thema zentralen Quelle, nämlich v. Loewenfelds eigenen Aussagen aus dem Jahr 1935, setzt sich Hoffmann mit einer wichtigen Darstellung v. Loewenfelds nicht auseinander. Dieser schrieb, er habe während des Kapp-Putsches die mehrheitssozialistische Regierung in Schlesien abgesetzt („... säuberte Breslau und Schlesien von den mehrheitssozialistischen Machthabern.“<sup>19</sup>). Damit steht diese Aussage in diametralem Gegensatz zu Hoffmanns Fazit: Loewenfeld sei zwar kein Vernunftrepublikaner „wohl aber als Patriot ein loyaler Staatsdiener“

---

wäre die Stimmung umgeschlagen. Friedrich von Payer: Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder. Frankfurt am Main 1923, S. 141 ff.

<sup>15</sup> Wilhelm Dittmann: Die Marine-Justizmorde von 1917 und die Admirals-Rebellion von 1918. Dargestellt nach amtlichen Geheimakten im Auftrage des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses über den Weltkrieg (4. Unterausschuß). Berlin 1926.

<sup>16</sup> WUA 9,2 S. 543–552.

<sup>17</sup> Franz Brüninghaus, Konteradmiral a. D.: Die politische Zersetzung und die Tragödie der deutschen Flotte. Dargestellt unter Benutzung amtlichen Aktenmaterials. Berlin 1926, Vorwort ohne Seitenangabe.

<sup>18</sup> In der Entschließung heißt es: „Soweit die Masse der Flottenmannschaften in Frage kam, hatten die Meutereien im November 1918 zunächst keine auf Umwälzung der Staatsform hinzielende Richtung. [...] [Sie] erhielten erst im Laufe der Entwicklung einen deutlichen erkennbaren politischen Einschlag. Eine zentrale Leitung oder eine Vereinbarung mit irgendwelchen politischen Stellen wurde nicht offenbar.“ WUA 9,1, S. XXI–XXIV, hier S. XXIV.

<sup>19</sup> Wilfried v. Loewenfeld: Das Freikorps von Loewenfeld. 3. Marine-Brigade. In: Hans Roden (Hrsg.): Deutsche Soldaten. Leipzig 1935. Der Entwurf des Beitrags ist zugänglich im Bundesarchiv-Militärarchiv unter BArch RM 122/116 Bl. 30–133 (Auszüge im Anhang des vorliegenden Papiers).



gewesen (S. 256 f.). Hoffmann stützt sich stattdessen auf Loewenfelds Einlassung kurz nach dem Kapp-Putsch, bei der man aber starke Rechtfertigungstendenzen aufgrund von drohender Strafverfolgung annehmen muss (so auch bei der Darstellung des „Bottroper Rathaussturms“). Hoffmann stützt seine Einschätzung auch darauf, dass Loewenfeld dem Nationalsozialismus merklich distanziert gegenübergestanden habe. Loewenfeld entstammte einem alten Adelsgeschlecht. Der Adel erhoffte sich von der NS-Bewegung eine Restauration der Monarchie. Der NS-Elite kam dies sehr gelegen, denn es schwächte die Position der DNVP. Als aber Hitler, Goebbels und Göring ihre Macht genügend gefestigt hatten, deklarierten sie den Adel als reaktionär und wiesen einen größeren Einfluss des Adels auch mit den Mitteln physischer Gewalt zurück. Insofern ist die distanzierte Haltung Loewenfelds erklärbar. Hier hätte Hoffmann entsprechende Forschungsarbeiten diskutieren müssen.<sup>20</sup>

Sehr oft vermeidet Hoffmann es, neuere, für seine Aussagen zentrale wissenschaftliche Ergebnisse seriöser Forscher zu diskutieren:

- So stützt er seine Aussage, eine Herausforderung Englands hätte gar nicht in den defensiven Absichten der Tirpitz-Konzeption gelegen (S. 18 f.) auf Tirpitz, ohne dabei auf die Untersuchungen Michael Salewskis einzugehen, der 1988 schrieb: „Inzwischen herrscht Übereinstimmung darin, daß Tirpitz die Flotte von Anfang an als ‚gegen England‘ gerichtet aufbauen wollte, und zwar mit einer realen Siegesoption etwa ab dem Jahr 1920.“<sup>21</sup>
- Hoffmann behauptet, die U-Boote hätten sich nicht an die internationale Prisenordnung halten können, „wenn sie überhaupt einen Effekt erzielen [wollten] ...“ (S. 27) Hoffmann verweist dabei auf Unterlagen des Untersuchungsausschusses aus dem Jahr 1927. Dies wird in neuerer Forschung etwa von Werner Rahn durchaus bestritten. Rahn weist u.a. darauf hin, dass bereits Konteradmiral a.D. Arno Spindler in seinen detaillierten Untersuchungen zum U-Bootskrieg für das Admiralstabswerk „Der Krieg zur See“ zu anderen Ergebnissen gekommen sei.<sup>22</sup>
- Beim Thema geplanter Flottenvorstoß geht Hoffmann nicht auf die grundlegende Literatur zu dieser Frage von Wilhelm Deist, Gerhard P. Groß und Leonidas Hill ein und ignoriert deren Ergebnisse, die seinen Thesen in wichtigen Aspekten widersprechen.<sup>23</sup>

---

<sup>20</sup> Vgl. etwa Stephan Malinowski: Die Hohenzollern und die Nazis. Geschichte einer Kollaboration. Berlin 2021, S. 428 ff.

<sup>21</sup> Michael Salewski: Die Wilhelminischen Flottengesetze. In: Michael Salewski: Die Deutschen und die See. Stuttgart 1988, S. 119–125, hier S. 120 f.

<sup>22</sup> Vgl. Werner Rahn: Die deutsche Seestrategie 1914–1918. In: Michael Epkenhans und Stephan Huck (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg zur See. Berlin 2017, S. 19–39, hier S. 33 f.; sowie Werner Rahn: Strategische Optionen und Erfahrungen der deutschen Marineführung 1914 bis 1944. Zu den Chancen und Grenzen einer mitteleuropäischen Kontinentalmacht gegen Seemächte. In: Werner Rahn (Hrsg.): Deutsche Marinen im Wandel. Vom Symbol nationaler Einheit zum Instrument internationaler Sicherheit (Beiträge zur Militärgeschichte, Band 63). München 2005, S. 197–233, hier S. 204 f. und 209 f.

<sup>23</sup> Wilhelm Deist: Die Politik der Seekriegsleitung und die Rebellion der Flotte Ende Oktober 1918. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 14, 1966, Heft 4, S. 341–368.  
Gerhard P. Groß: Eine Frage der Ehre? Die Marineführung und der letzte Flottenvorstoß 1918. In: Hansjörg Duppler, Gerhard P. Groß (Hrsg.): Kriegsende 1918. München 1999. (Nochmals veröffentlicht in: Werner Rahn (Hrsg.): Deutsche Marinen im Wandel. München 2005.)  
Leonidas Hill: Signal zur Konterrevolution? – Der Plan zum letzten Vorstoß der deutschen Hochseeflotte am 30. Oktober 1918. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1988, Heft 1, S. 113–130.



- Auch in seiner Darstellung der Kämpfe in Oberschlesien, an denen die Loewenfelder beteiligt waren, berücksichtigt Hoffmann keine neuere Literatur und vermeidet eine Diskussion z.B. der Ergebnisse von Prof. Boris Barth.<sup>24</sup>
- Schließlich relativiert er das Vorgehen der Loewenfelder verschiedentlich mit dem Argument, dass keine Untersuchung, Anklage oder Verurteilung erfolgt sei, was angesichts der Juristen in der Weimarer Republik nicht unbedingt verwundern kann. Im Fall der Kapp-Putsch-Ereignisse in Breslau kommt Hoffmann zu dem Ergebnis, es gebe wahrscheinlich nur einen einzigen „Hinweis auf ein möglicherweise noch gerichtsrelevantes Fehlverhalten eines Mitglieds der Brigade“. Bernhard Sauer kommt jedoch in seiner Auswertung von Unterlagen aus dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz zu einem anderen Ergebnis: „Sieben Breslauer Bürger wurden während der Putschtage ermordet. Haftbefehle wurden u. a. gegen frühere Angehörige der 3. Marinebrigade Loewenfeld erlassen. Doch sei es nicht möglich gewesen, die Haftbefehle zu vollstrecken und die Aufenthaltsorte der gesuchten Personen in Erfahrung zu bringen. Ganz offensichtlich - so hieß es in einem Bericht an den Reichsminister - seien die gesuchten Militärpersonen rechtzeitig von den vorgesetzten Dienststellen gewarnt worden.“<sup>25</sup>

Ähnlich verfährt Hoffmann auch im zweiten Abschnitt seines Buchs, in dem er sein Hauptanliegen, seine Kritik an der Eroberung der „Deutungsvormacht über die Freikorpsgeschichte“ behandelt. Diese Deutungsvormacht wurde nach seiner Ansicht in einer Linie von den Ausbrüchen revolutionärer Gewalt („bis zu sadistischer Brutalität“), über Emil Julius Gumbel und Wolfram Wette bis zu Ehrhard Lucas etabliert. Auch hier diskutiert Hoffmann nicht die neuere Literatur (z.B. Mark Jones, Am Anfang war Gewalt<sup>26</sup>: „[in Kiel] eher niedriges Niveau revolutionärer Gewalt“). Gumbels Wandlung zum Pazifisten bezeichnet Hoffmann in herabsetzender Rhetorik als Drücken vor einem Fronteinsatz (S. 299 f.). Wettes Position gibt er verzerrt wider. Dieser habe „die den Zeitgenossen deutlich erkennbaren Gefahren der ersten Nachkriegsjahre für den Fortbestand der Gesellschaft und der Gesamtnation, eingeschlossen eine reale Todesgefahr für ganze gesellschaftliche Gruppen in Entsprechung des russischen Beispiels [verleugnet].“ (S. 315 f.) Tatsächlich unterscheidet Wette zwei Phasen, die erste, in der die Gefahr des „Bolschewismus“ nicht real gewesen sei, sondern als politisches Druckmittel verwendet worden sei, und die zweite Phase, in der dann die Gefahr real gewesen sei (als die KPD größeren Einfluss bekam).<sup>27</sup>

Insgesamt genügt Hoffmanns Arbeit in weiten Teilen keinen wissenschaftlichen Ansprüchen. Entsprechend können auch seine Schlussfolgerungen nicht überzeugen. Eine Ausnahme bildet das Kapitel über die 1. Marine-Brigade, über die bisher nur wenig geforscht wurde und zu der Hoffmann einen interessanten Beitrag geliefert hat (S. 45–60).

<sup>24</sup> Boris Barth: Die Freikorpskämpfe in Posen und Oberschlesien 1919–1921. Ein Beitrag zum deutsch-polnischen Konflikt nach dem Ersten Weltkrieg. In: Dietmar Neutatz/Volker Zimmermann (Hg.): Die Deutschen und das östliche Europa. Aspekte einer vielfältigen Beziehungsgeschichte. Festschrift für Detlef Brandes zum 65. Geburtstag, München 2006, S. 317–333.

<sup>25</sup> Bernhard Sauer: „Auf nach Oberschlesien.“ Die Kämpfe der deutschen Freikorps 1921 in Oberschlesien und den anderen ehemaligen deutschen Ostprovinzen. In: ZfG, 58. Jahrgang 2010, Heft 4, S. 297–320, hier S. 303 f. Online zugänglich (aufgerufen am 11. März 2024) unter: [http://www.bernhard-sauer-historiker.de/sauer\\_obereschlesien.pdf](http://www.bernhard-sauer-historiker.de/sauer_obereschlesien.pdf). Sauer verweist auf: GStA PK, I HA, Rep. 84 a, Nr. 14308, Bl. 59.

<sup>26</sup> Mark Jones: Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik. Berlin 2017, besonders S. 56 und 335 f.

<sup>27</sup> Vgl. Wolfram Wette: Noske. Eine politische Biographie. Düsseldorf 1988, S. 293 ff.

## **Anhang 2: Kuhl: Auszüge aus, Zusammenfassungen von und Kommentare zu René Hoffmann, Loewenfeld**

# Kuhl: Auszüge aus, Zusammenfassungen von und Kommentare zu René Hoffmann, Loewenfeld

Erstellt Klaus Kuhl, 25. Februar 2024

René Hoffmann: *Die Marinebrigade von Loewenfeld. Freikorpsgeschichte und Deutungsvormacht*. Frank & Timme, Berlin 2023 (Geschichtswissenschaft; 38), [ISBN 978-3-7329-0830-1](https://doi.org/10.57088/978-3-7329-0830-1).

[https://link.springer.com/chapter/10.57088/978-3-7329-9130-3\\_1](https://link.springer.com/chapter/10.57088/978-3-7329-9130-3_1)

## Kommentare Kuhl in roter Schriftfarbe

Autorbeschreibung (Buchrückseite):

René Hoffmann, \*1953, studierte nach dem Wehrdienst und einer Beschäftigung in der Metallverarbeitung Geschichte, Wirtschaftsgeographie und Anglistik in Köln, Wuppertal und Essen. Er unterrichtete an staatlichen Schulen in Deutschland und den Vereinigten Staaten und ist Militärgeschichtler. Bei Frank & Timme erschien zuletzt sein Titel *Freikorps im Spiel der Politik*. Zur Geschichte der deutschen Freikorps 1918–1920.

In der WAZ (Westdeutsche Allgemeine Zeitung) wurde am 25. Februar 2019 geschrieben, dass René Hoffmann seine Dissertation an der Hamburger Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr verfasst habe: "Mit einem regionalgeschichtlichen Schwerpunkt auf Bottrop hat der Essener Historiker René Hoffmann die Rolle der Freikorps in den Jahren 1918 bis 1920 in einer Dissertation an der Hamburger Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr untersucht. Für die WAZ stellt er seine Kernthesen zu den Ereignissen von Februar bis Juli 1919 vor.<sup>28</sup> Der Univ.-Prof. Dr. Marcus M. Payk, Prodekan der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften der Helmut-Schmidt-Universität teilte mir auf meine Anfrage am 27. März 2024 mit: „dass Herr Hoffmann an der Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr nicht promoviert worden ist.“

Verlagszusammenfassung:

Die 3. Marinebrigade von Loewenfeld stand in der Wahrnehmung bisher im Schatten der aufgrund ihrer maßgeblichen Beteiligung an dem als „Kapp-Putsch“ bekannt gewordenen, mißglückten Berliner Putschversuch vom März 1920 weitaus bekannteren 2. Marinebrigade unter Führung von Hermann Ehrhardt. Tatsächlich hatte jedoch der Verband des Wilfried von Loewenfeld eine mindestens vergleichbare Bedeutung wie die bekanntere Wilhelmshavener Schwesterbrigade.

„Klappentext“ (Rückseite):

Die Marinebrigade von Loewenfeld spielte als eines der wichtigsten deutschen Freikorps eine herausragende Rolle in der Zeit des politischen Umbruchs 1918–1920. Mit der eingehenden

---

<sup>28</sup> Anonym: Info: Kernthesen einer wissenschaftlichen Arbeit. 25. Februar 2019. Online zugänglich (aufgerufen am 26. April 2024) unter: <https://www.waz.de/staedte/bottrop/article216524051/kernthesen-einer-wissenschaftlichen-arbeit.html>.

Erforschung ihrer Geschichte schließt sich eine Lücke der Freikorps- und Marine- wie auch der Bürgerkriegsgeschichte dieser Zeit. Daran anknüpfend, werden Protagonisten und sachlicher Gehalt **maßgeblicher Deutungsansätze zur Geschichte der Freikorps** hinterfragt, und es wird der Frage nachgegangen, **wie sich monoperspektivische Sichtweisen als prägend für ein dominierendes Geschichtsbild durchsetzen** konnten. Welche Bedeutung fiel dabei der Marinebrigade von Loewenfeld zu, und welche Rolle spielte eine Stadt im Ruhrgebiet? Am Beispiel einer mit skurril anmutendem Medienwirbel zu einem politischen Skandal von nationaler Bedeutung hochstilisierten Provinzbanalität wird aufgezeigt, wie die öffentliche Wahrnehmung von Freikorps- und Bürgerkriegsgeschichte zielgerichtet beeinflusst und gesteuert wurde.

**Generelle Anmerkungen:**

“daß, mißglückten, ...“ Verlag folgt offenbar der alten Rechtschreibung.<sup>29</sup>

Spartakuden vermutlich Transkriptionsfehler für Spartakiden oder Spartakisten, noch zu CHECKEN!.

## Hoffmanns Inhaltsverzeichnis

Einleitung, René Hoffmann	9-14
Kap. 1: Die 3. Marinebrigade von Loewenfeld	15-257
1.1 Woher sie kamen: Erfahrungshintergründe der Marine-Freiwilligen .....	15
1.2 Der beargwöhnte Vorläufer: Die Brigade der Deck- und Unteroffiziere .....	45
1.3 Die Formierung der 3. Marinebrigade .....	61
1.4 Einsatz bis März 1920 .....	85
1.4.1 Berlin .....	85
1.4.2 Oberschlesien .....	96
1.5 Brigade und Kapp-Putsch .....	118
1.5.1 Breslau .....	123
1.5.2 Kiel .....	141
1.6 Der letzte Auftrag .....	156
1.7 Auflösung .....	190
1.8 Nachwirkungen .....	208
1.9 Der Weg des Kommandeurs .....	224
1.9.1 Reichsmarine, Entlassung und dauerhafte Kaltstellung ..	227
1.9.2 Überlegungen zur Person .....	248
Kap. 2: Entwicklung und Durchsetzung eines Geschichtsbildes	259-356
2.1 Darstellungen und Wertungen .....	259
2.2 Juristische Nachwirkungen .....	278
2.3 Hinterfragungen .....	298
2.4 Eine Stadt und die Erinnerung 1920–1970 .....	334
2.5 Die landesweite Skandalisierung eines Provinzereignisses .....	342
Zusammenfassung	357-363
Anhang	365-481
Ergänzungen .....	365

<sup>29</sup> Evtl. findet sich hier Näheres: Theodor Ickler: Der Rat für deutsche Rechtschreibung in Dokumenten und Kommentaren. Frank & Timme 2021.

Gründungs-Werbeauftrag Marinefreikorps von Loewenfeld .....	365
Anekdotisches: Die merkwürdigen Angelegenheiten des Bürgermeisters Emil Schmitz .....	367
Angaben zu Quellen und Literatur.....	373
A. Ungedruckte Quellen .....	374
B. Gedruckte Quellen .....	379
C. Literatur .....	383
D. Zeitschriften, Zeitungen .....	386
E. Elektronisch eingesehene Materialien .....	387
Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen .....	391
Anmerkungen .....	401
Register.....	461
Personenregister .....	461
Ortsregister .....	470
Sachregister .....	475
Bildnachweise .....	479

## Einleitung (9-14)

(S. 10) „Mit der Verbandsgeschichte der 3. Marinebrigade wird eine Forschungslücke geschlossen, wobei mit der eingehenden Erforschung der Geschichte eines der wichtigsten Freikorps, diese eingebettet in eine möglichst umfassende Darstellung insbesondere auch der emotional bzw. psychologisch wirkmächtigen Hintergründe und Abläufe, ein differenzierteres Verständnis der Geschichte der Freikorps insgesamt ermöglicht werden soll.“

„... bürgerkriegsähnlichen Zustände fanden im Ruhrgebiet im Frühjahr 1920 mit der bewaffneten **Erhebung der „Roten Ruhr-Armee“** im Gefolge des gescheiterten „Kapp-Putsches“ in Berlin einen ihrer blutigsten Höhepunkte. Die von beiden Seiten mit großer Härte geführten Kämpfe fanden in der Folgezeit eine Fortsetzung in heftigen propagandistischen Auseinandersetzungen um Darstellung und Deutung des Geschehens. Diese Auseinandersetzungen sind seither nie völlig zur Ruhe gekommen, wobei selten bedacht argumentativ, dafür **umso heftiger rhetorisch** vorgegangen wird. Eine **Analyse des seitherigen Umgangs mit den Geschehnissen** und den militärischen Akteuren in Erinnerungskultur und fachlicher Auseinandersetzung, sowohl auf nationaler wie regionaler Ebene, ist ein wesentlicher Bestandteil der Untersuchung. Eine umfassende Darstellung oder Bewertung revolutionärer Ereignisse ist dabei nicht beabsichtigt. Die Darlegungen dazu erfolgen vielmehr zur **Erhellung gruppenspezifischer Handlungszwänge** und wesentlicher wahrnehmbarer Erfahrungen, nachvollziehbarer Folgerungen und möglicher Erwartungen oder Befürchtungen, durch die sich derjenige **Personenkreis, der den wesentlichen Gegenstand der Untersuchung bildet**, in den eigenen Motivierungen, Entschlüssen und Handlungen herausgefordert oder aufgerufen und bestätigt fühlen konnte. Daß andere Individuen einzeln oder in der Gruppe durch anders gewichtete Wahrnehmungen und Empfindungen zu anders gelagerten Motivierungen, Entschlüssen und Handlungen gelangen und sich darin in ähnlicher Weise herausgefordert oder aufgerufen und bestätigt fühlen konnten, wird weder bezweifelt noch bewertet.“

**Zwei schwer verständliche Sätze. Vermtl. gemeint sind die SDS Historiker/Politiker, wie etwa Erhard Lucas.**

(S. 11) „**Wie aber wurde eine inzwischen teilweise schon an Kriminalisierung erinnernde monoperspektivische Darstellung ... als dominierendes Geschichtsbild durchgesetzt ... ?**“

Als Ausgangspunkt sieht Hoffmann die Diskussion 1970 um die Benennung einer „Nebenstraße“ im Bottroper Bezirk Kirchhellen nach Loewenfeld.

Hoffmanns Hypothese (S. 12 f.): Die Wahrnehmung der Thematik ist weniger durch wissenschaftlichen Blick sondern vielmehr durch Vorverurteilungen maßgeblicher Wissenschaftler und sonstiger Autoren geprägt.

(S. 13):

Am Beispiel, Lucas, westfälische Provinz ...

## 1: Die 3. Marinebrigade von Loewenfeld (15-257)

### 1.1 Woher sie kamen: Erfahrungshintergründe der Marine-Freiwilligen (15-44)

(S. 15)

„... mit den ... neu entstandenen republikanischen Einheiten ... kein Staat zu machen war.“

Da gibt es Historiker, die zu anderen Einschätzungen gelangt sind und Hoffmann selbst kommt am Ende seines Kapitels über die 1. Marine-Brigade zu der Einschätzung: „... so können doch Existenz und erwiesene Effizienz der weitgehend republikanisch eingestellten 1. Marinebrigade als ein Indiz angesehen werden, daß die damals wie heute oft mit Absolutheitsanspruch vorgebrachte Behauptung, es sei in der kurzen verfügbaren Zeit unmöglich gewesen, schlagkräftige republikanische Truppen zu formieren, bezweifelt werden kann.“ (S. 60)

(S. 17 f.)

Rivalität zwischen Teilstreitkräften durch Bürgerliche in der Marine und finanzielle Bevorzugung bei der Flottenrüstung.

(S. 18 f.)

Flottenpolitik war keine wesentliche Ursache der Gegnerschaft Englands (diese Aussage wird sehr kryptisch formuliert).

Keine Quellenangabe, keine Auseinandersetzung mit dem gegenteiligen Urteil Michael Salewskis!! (Salewski taucht im Lit.verz. nicht auf!!) Tirpitz wird angeführt ohne Quellenanalyse (weiter unten ebenso, Versenkung der Lusitania)!

(S. 19 f.)

Durchaus Erfolge der Marine vorhanden (Isolierung Russlands, ...), angelehnt an Rahn.

(S. 21)

Rechtlicher Rahmen der englischen Blockade nach Gerhard Granier: Britische Blockadepolitik. In: Franz W. Seidler<sup>30</sup>, Alfred de Zayas (Hrsg.): Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert. Hamburg 2002, S. 20 f. (UB Kiel: **gsf 227 Ay 7777**)

(S. 22-27)

Hoffmann stellt die Fälle Lusitania und Baralong vor, stützt sich dabei sehr auf den durchaus umstrittenen polnischen Historiker Janusz Piekalkiewicz. Außerdem stellt er einige Vermutungen an, die von seriösen Geschichtswissenschaftlern nicht oder nur bedingt geteilt werden.

Hoffmann behauptet, die U-Boote hätten sich nicht an die Prisenerordnung halten können, „wenn sie überhaupt einen Effekt erzielen [wollten] ...“ (S. 27, Endnote 43 – Verweis auf Bell, Völkerrecht.) Dies wird in neuerer Forschung durchaus bestritten (z. B. Werner Rahn).

(S. 32 ff.) Fall Zaeschmar („geh weg du Schwein, du stinkst...“), ... Hoffmann diskutiert die nach seiner Meinung auf ungenügender Quellenauswertung basierende negative Darstellung des Seeoffiziers (II. Artillerieoff. auf der Helgoland) und spricht dabei von „Geschichtsverfälschung“ (S. 32).

Hoffmann hat vielleicht darin recht, dass der Charakter Zaeschmars nicht umfassend betrachtet wurde und es ist sicherlich lobenswert, wenn er solche Dinge zurechtrückt, aber die Einschätzung als „Geschichtsverfälschung“ ist völlig übertrieben und unter der „Gürtellinie“.

(S. 35) Flottenvorstoß.

Hoffmann übernimmt unkritisch die späteren Aussagen der SKL.

S. 36

Hoffmann zitiert Max von Baden: „Die Aufrührer auf der Flotte haben der nationalen Verteidigung das Rückgrat gebrochen.“

Diese Aussage Max von Badens wird aus dem Zusammenhang gerissen. Baden spricht davon, dass das VORZEITIGE Losschlagen der entscheidende Fehler war. Dadurch war das von der Regierung beabsichtigte spätere Losschlagen, nach Bekanntgabe der endgültigen Waffenstillstandsbedingungen, unmöglich (und damit den Plänen der Regierung „das Rückgrat gebrochen“) geworden. Die Schuld dafür sieht er bei der Marineführung, nicht wie Hoffmann es darstellt, bei den Aufständischen (er kritisiert die Aufständischen, hat aber Verständnis für sie wegen des vorzeitigen Losschlagens der Marineführung). (Baden S. 575 f.) Genau dies – nicht vorzeitig loszuschlagen – war bei dem Gespräch der Regierung mit OHL und SKL am 25. Oktober den Militärs (u.a. Ludendorff, Scheer, Levetzow) auch vom Vizekanzler v. Payer, der den erkrankten Baden vertrat, gesagt worden.<sup>31</sup>

---

<sup>30</sup> Wikipedia (aufgerufen am 25. Februar 2024): Franz Wilhelm Seidler (\* 2. März 1933 in Wigstadt, Tschechoslowakei) ist ein deutscher Historiker, emeritierter Hochschullehrer und Buchautor. In den 1970er Jahren mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet, tritt er mit geschichtsrevisionistischen Positionen hervor und publiziert in rechtsextremen Verlagen. (Ähnlich de Zayas, vgl. dortigen Wikipedia-Artikel).

<sup>31</sup> v. Payer schrieb dazu in seinen Erinnerungen, er habe ausgeführt, dass die Regierung die endgültigen Bedingungen abwarten wollte. Zu der Zeit hätte es insbesondere bei der Arbeiterschaft keine Kampf Stimmung gegeben, aber wenn sich die Bedingungen für jedermann deutlich als unerträglich herausgestellt hätten, dann



Max von Baden: „Allerdings – wenn Admiral Scheer mir vertraut und mich in den gewaltigen Plan eingeweiht hätte, so glaube ich, dass ich meine Pflicht als Kanzler getan und ihm beschworen haben würde, nicht auf eigene Faust nationale Verteidigung zu machen, sondern erst zu schlagen, nachdem wir über die Waffenstillstandsbedingungen öffentliche Klarheit hätten. Denn erst damit wäre das Vertrauen zu Wilson als grausame Täuschung nachgewiesen worden, vor dem ganzen Volke, insbesondere aber vor den Matrosen, die schon seit 1917 als infiziert gelten mussten, und die nun ihre kühnste und gefährlichste Unternehmung durchführen sollten.

Wenn heute die Marine, die Verräter und Meuterer in ihren Reihen brandmarkt, so sage ich: sie hat recht. Die Auführer auf der Flotte haben der nationalen Verteidigung das Rückgrat gebrochen. Aber die Admirale von damals dürfen diese Anklage nicht erheben. Ehe der Feldherr die Entscheidungsschlacht sucht, hat er der Zuverlässigkeit seines Instrumentes sicher zu sein, der Moral der Menschen nicht minder als der materiellen Machtmittel. Der Feldherr – so fordert Clausewitz – muß bei längerer Kriegsdauer die subversiven Tendenzen in Rechnung stellen. –

Der Vorstoß der Flotte, unternommen während der schwebenden, mit hundert falschen Hoffnungen begleiteten Verhandlungen, musste an dem Gefühl der Mannschaften scheitern: ‚Morgen ist Frieden. Was hat es für einen Sinn, noch heute zu sterben?‘ Anders, wenn nach dem Eintreffen der Bedingungen die Flotte ausgefahren wäre, um eine Schmach abzuwenden, die sie am schwersten treffen sollte. Dann hätte das große Unternehmen gelingen und die nationale Erhebung einleiten und beflügeln können.“ Prinz Max von Baden: Erinnerungen und Dokumente. Berlin und Leipzig 1927, S. 575 f.

**Die Quintessenz von Badens Aussage: Die Marineführung hatte eine von der Regierung angestrebte nationale Erhebung vereitelt.**

(S. 37–41) Dittmanns Gutachten

**Hoffmanns mit einigen rhetorischen Herabsetzungen gewürzte Einschätzung basiert auf der falschen Interpretation von v. Badens Erinnerungen.**

**Er nimmt dabei wiederholt Bezug auf den Untersuchungsausschuss; u.a. behauptet er, dieser wäre zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Notwendigkeit für die Marineführung, die Regierung von ihren Absichten ins Bild zusetzen, nicht bestanden hätte. Vergleiche dazu aber die zusammenfassende Einschätzung von Dr. Ludwig Herz (nachdem dieser zunächst auch der o.g. Ansicht war): (WUA 9,2 ab S. 543) Dr. Ludwig Herz (1863–1942), deutscher Schriftsteller und Jurist und ehemaliger Richter – zeitweilig Geschäftsführer des Untersuchungsausschusses vor Eugen Fischer-Baling, der nach Ulrich Heinemann, Verdrängte Niederlage (S. 210, 186 f.) auch als Gutachter im 1. UA bestellt wurde (über Dolchstoßlegende.) Unterstellung Militärgewalt unter Zivilgewalt, ... Das bei Levetzow, Der letzte Akt, angegebene Zitat des Kaiser handelt aber nur von Offiziersernennungen; aber Kaiser hatte sich den Einsatz der Flotte ausdrücklich vorbehalten. Vor Max von Badens Regierung hat die politische Leitung von allen großen mil. Operationen Kenntnis erhalten. (550 ff.) „... so musste die Seekriegsleitung aus seiner [des Kaisers] Äußerung entnehmen, die Befehle, die er bisher als Oberster Kriegsherr zu erteilen hatte, seien nunmehr vom Kriegskabinet einzuholen. Wenn sie, ohne es zu tun, trotzdem ... ‚Fanfare blasen ließ‘, machte sie sich einer Auflehnung schuldig, die von dem juristischen Begriff der Meuterei nicht weit entfernt ist.“ (S. 551)**

(S. 38)

Dittmanns Gutachten wurde vom Ausschuss verworfen. Direkte Gegenrede von Adm. Brüningshaus, **(diese Aussage erscheint als Unterstützung von Hoffmanns Argumentation)**. Damit wird auch die von Hoffmann nicht kommentierte Aussage v. Loewenfelds, Dittmann hätte sofort aufgehängt werden müssen, unterstrichen.

---

wäre die Stimmung umgeschlagen. Friedrich von Payer: Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder. Frankfurt am Main 1923, S. 141 ff.

Hoffmann gibt dafür, dass D.s Gutachten verworfen wurde, keine Quelle an. Sieht man sich jedoch die abschließende Entschließung des Ausschusses (WUA 9,1, S. XXI–XXIV) an, so wurden verschiedene Aspekte des Dittmannschen Gutachtens aufgenommen (die Erklärungen der Mannschaften, das nicht autorisierte Vorgehen von SKL und KdH, ...) während v. Brüningshaus' zentrale Aussage (eine umfassende Zersetzungsarbeit in der Marine wäre ursächlich für den Zusammenbruch gewesen) abgelehnt wurde.

(S. 39)

Dittmanns Herausgabe von Tagebuchauszügen von Richard Stumpf wurde vom Ausschuss verworfen. Bezieht sich auf Stephan Huck (Ein getreues Bild meiner Erlebnisse. In: Die Flotte schläft im Hafen ein.)

Huck schreibt jedoch nichts von einem „Verwerfen“. Es heißt dort (S. 16): „... [dass das Tagebuch] durch diese Kürzungen unvermeidlich eine erste Fremddeutung erfuhr. Dieser Sachverhalt bewog [...] den Reichstagsuntersuchungsausschuss [...] den Stumpf' nochmals, diesmal ungekürzt zu publizieren.“ Ich würde unterstellen, dass es durchaus in Dittmanns Sinn war, die komplette Version herauszugeben.

(S. 39)

Arthur Rosenberg zum Flottenvorstoß.

Hoffmann greift hier auf zeitnahe Aussagen zurück, die jedoch von der Quellenlage her als eingeschränkt angesehen werden müssen. Stattdessen hätte er die neuere Lit. diskutieren müssen (Deist, Hill, Groß), die zu durchaus anderen Ergebnissen gekommen ist.

(S. 40)

Abschließende Beurteilung des Flottenvorstoßes durch Huber.

Huber kann als Experte in Verfassungsfragen gelten (und dabei stützt die Aussage Hubers in Bd. V, S. 590, durchaus die Aussage von Ludwig Herz, dass die militärische Kommandogewalt des Kaisers am 29.10.1918 in die Verantwortung des Reichskanzlers übergang) aber nicht als Experte für den geplanten Flottenvorstoß, wie o.a. hätte Hoffmann Deist, Hill, Groß diskutieren müssen. Wie gesagt, kommen diese zu ganz anderen Ergebnissen als Huber und Rosenberg.

## Kapitelzusammenfassung

Hoffmann bietet kein zusammenfassendes Kapitelfazit. Man kann aber seine abschließende Beurteilung des Flottenvorstoßes wohl so interpretieren, dass die Erfahrungshintergründe der Marine-Freiwilligen ganz wesentlich davon bestimmt waren, dass eine sinnvolle militärische Maßnahme durch Teile der Mannschaften, die von der USPD aufgehetzt waren, verhindert wurde. Beides kann jedoch nur für einen Teil der Marine zutreffen. Hoffmann stützt sich auf selektive und teilweise falsch dargestellte Quellen und Literatur. Insbesondere ignoriert Hoffmann die Aussagen der Matrosen und Heizer (z.B. der Vertrauensleute-Delegation vom III. Geschwader im RMA – Protokoll-Auszüge in WUA).

## 1.2 Der beargwöhnte Vorläufer: Die Brigade der Deck- und Unteroffiziere [1. Marine-Brigade] (45–60)

S. 47

Volksmarinedivision galt als die zuverlässigste Truppe der Spartakisten.

**Dieses von Hoffmann nicht kommentierte Zitat vom Bund der DO, hätte einer Kommentierung bedurft, denn tatsächlich war die Einheit in der Anfangszeit für Ebert und verhielt sich in den Januar-Kämpfen 1919 neutral.**

Neue mir noch nicht bekannte Quellen:

1. Hrsg. im Auftrag des OKH: Kriegsgeschichtliche Forschungsanstalt des Heeres (KgFAH). Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps, sechster Band: Die Wirren in der Reichshauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918–1920. Berlin 1940. (UB Kiel Geschlossenes Magazin **B 4453-6**). Entspricht vermutlich den Notizen v. Menges im BArch.

2. (Endnote 37) Brief Schlick an einen Crew-Kameraden, nach Roland Kopp: Carl von Schlick (1874-1954). Frankfurt a.M. 2015. (UB Kiel **gsf 243:sc1 4 Bx 4706**)

Vgl. WP: Hans-Carl von Schlick

S. 54 f.

„wurde die dann ‚1.‘ Marinebrigade ab dem 25.2.1919 unter Nennung des ihr von der GKSD [Garde-Kavallerie Schützendivision] überstellten Kommandeurs Oberst Enno von Roden auch als Marine-Brigade von Roden‘ bezeichnet, (Endnote 39: Vgl. Kopp, Schlick, S. 53) ....“

S. 55

Spätere Heeresveröffentlichung gibt eine uneingeschränkt positive Beurteilung der Brigade: „Die Marine-Brigade von Roden gehörte zu den besten und zuverlässigsten Freiwilligentruppen.“ (Endnote 42: KgFAH, Darstellungen, Bd. VI, S. 48.)

S. 54 f.

Es gab einige Konflikte in der 1. MB (weil Roden und Stab sich immer mehr als reaktionäre entpuppten), die nur durch Noske entschärft werden konnten. Verweis auf Kässner S. 134.

S. 55

1. MB wurde auch aufgelöst, weil Mitglieder nicht zum Einsatz an den Grenzen wollten.

**Dies erscheint unwahrscheinlich, (bei Kässner kein derartiger Hinweis) und Hoffmann gibt keine Quelle an.**

S. 55

Einer der wenigen Seeoffiziere (OLzS Georg Lange) gibt für die Auflösung der Brigade auch „wegen in ihr herrschenden gänzlich verworrenen Begriffe von Disziplin“ an. Endnote 44: Lange Schreiben an Adm. Behncke, Kiel 21. September 1920. In: Hürten, Anfänge, S. 225, Dok. 123. **Laut Lit.liste Heinz Hürten: Der Kapp-Putsch als Wende. Opladen 1989. ???**

S. 57

1. MB war bereits vor ihrer Rückkehr nach Kiel durch freiwillige Abgänge spürbar dezimiert. Hoffmann vermutet, dass einige Teile sich zunächst dem Madlung-Regiment (als

Verschleierung eines direkten Übertritts) und dann der 3. MB (Loewenfeld) angeschlossen hätten.

S. 59 f.

Kässners Buch wurde sofort nach seinem Erscheinen im Jahr 1933 aus dem Verkehr gezogen und verboten. Nicht mehr zu ermitteln, wer dafür Sorge trug.

**Nach Angaben bei Kässner erschien das Buch 1932.**

S. 60

Hoffmanns Fazit: „Auch wenn interne Probleme des Verbandes insbesondere in Bezug auf die Kommandostruktur einzuräumen sind, so können doch Existenz und erwiesene Effizienz der weitgehend republikanisch eingestellten 1. Marinebrigade als ein Indiz angesehen werden, daß die damals wie heute oft mit Absolutheitsanspruch vorgebrachte Behauptung, es sei in der kurzen verfügbaren Zeit unmöglich gewesen, schlagkräftige republikanische Truppen zu formieren, bezweifelt werden kann.“

**Uneingeschränkte Zustimmung!**

**Fotobeschriftung (Noske Waldschänke), BArch gibt nur Berlin an, nicht Berlin-Grunewald, wie bei Hoffmann vermerkt. Tatsächlich war es Berlin-Hundekehle (am Rande des Grunewalds).**

### **1.3 Die Formierung der 3. Marinebrigade (61–84)**

61

U-Bootfahrer wurden für die Freikorps zu einer eminent wichtigen Gruppe. Kamen wegen der Probleme im Mittelmeer erst spät nach Kiel.

62

Großer Gegensatz zwischen blauer (hauptsächlich Minenräumer, eher links) und feldgrauer Marine (Einsatz im Osten, eher rechts).

62 ff.

Weiterer Gegensatz: dienstältere Ränge (Küsel etc.) gegen dienstjüngere (Loewenfeld, Heinrich, ...) (auch S. 75 f.)

Darstellung, wie Loewenfeld nach Kiel kam.

**Hoffmann unterschlägt hier, dass Loewenfeld das III. Geschwader auf Druck der Mannschaften verlassen musste und dass er mit Tricks ohne Nachfrage bei der Marinestation der Ostsee nach Kiel kommandiert wurde (vgl. Nachlass Otto Wurmbach<sup>32</sup>).**

S. 68 ff.

Rolle Canaris: zentraler Dreh- und Angelpunkt. Loewenfeld: Gegenrevolution vorbereiten ...

---

<sup>32</sup> Klaus Kuhl und Wolf Eberhard Ramin: Einblicke in das Verhalten der Kieler Marineführung während des Matrosenaufstands 1918/1919. Der Nachlass des Chefs der Bildungs-Inspektion, Vizeadmiral Otto Wurmbach. Norderstedt 2022.

S. 71

Gegensätze zw. Loewenfeld und Pabst.

S. 72

Loewenfelds Einschätzung von Alboldt (DO Vereinigung).

S. 73

Hoffmann: Es wäre naiv anzunehmen Noske könnte nicht über die Aktivitäten Loewenfelds (Freikorpsaufstellung ab Beginn Dezember 1918) unterrichtet gewesen sein.

S. 77

Hoffmann diskutiert Dähnhardts Vorwurf, Loewenfeld hätte einen erschreckenden Mangel an politischem Fingerspitzengefühl gezeigt und sein Handeln (Durchsetzen der Freikorpsaufstellung gegen den Obersten Soldatenrat (OSR) und Garbe) ließe den Schluss zu, dass er unfähig war, politische Zusammenhänge zu erkennen und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen. Hoffmann: „In jedem Falle erscheint der Vorwurf vor dem Hintergrund einer vollkommen unsicheren und politisch wie juristisch fragwürdigen Umbruchsituation unangebracht.“

Dies kann man (vielleicht überspitzt?) wohl so interpretieren, dass Hoffmann den Umsturz als illegal ansieht und deshalb Loewenfeld das Recht zubilligt, die Republik und Demokratie zu bekämpfen und wieder abzuschaffen.

S. 78

Loewenfeld erfuhr auch Unterstützung von den (den Seeoffizieren eigentlich kritisch gegenüberstehenden) DO und UO.

Während Hoffmann auch hier nochmals zu Recht auf die Gegnerschaft der ranghöheren Seeoffiziere verweist, geht er leider nicht auf die Rolle Adolf von Trothas ein. Dieser nahm zwar zum Streit zwischen der Führung der Marinestation der Ostsee und Heinrich/Loewenfeld keine inhaltliche Stellung, entschied aber letztlich für Loewenfelds Kommandierung nach Kiel mit formaler Argumentation (auch gestützt auf Meurers Aussage). (Vgl. Wurmbach, Küsel) Die von Hoffmann behauptete Gegnerschaft auch des RMA hätte einer wichtigen Einschränkung bedurft. Loewenfeld hatte offensichtlich nicht nur die Protektion von Noske sondern auch von v. Trotha und somit von der höchsten Instanz in der Marine (am 26. März 1919 wurde v. Trotha Chef der neuen Admiralität der Reichsmarine).

## 1.4 Einsatz bis März 1920 (85–117)

### 1.4.1 Berlin (85–95)

S. 87

Am 28. April in Jüterbog eingetroffen. Im Mai spürbare Verstärkung durch Teile der 1. Marine-Brigade.

88 f.

Darstellung der Prozesse wegen der Ermordung von Luxemburg und Liebknecht. „... von Canaris selbst mit inszenierten Gerichtsfarce.“ (Endnote 20: Vgl. Gietinger, Konterrevolutionär, S. 134.)

„Inwieweit ... Loewenfeld ... eingeweiht war lässt sich nicht rekonstruieren. Etliche Indizien deuten allerdings darauf hin, daß die konspirativen Zirkel um Waldemar Pabst Loewenfeld nicht mehr Informationen als unbedingt nötig zukommen ließen.“

S. 93 f.

„Ob die Brigadeführung [der 3. MB] in dieser Zeit Kenntnis hatte von der von der Öffentlichkeit kaum bemerkten Absicht Pabsts, in Reaktion auf die Vertragsannahme in Versailles einen Putsch in Gang zu bringen, lässt sich nicht feststellen.“

S. 94

Oberschlesische Grenzbezirke versanken in Anarchie ... örtliche kriminelle Banden, ... polnische Übergriffe ... Im Abstimmungsgebiet ... polnische nationalistische Gruppierungen und Untergrundkämpfer ... Loewenfeld: „Mit den Polen gingen leider die kommunistischen deutschen Arbeiter Hand in Hand.“

Vgl. dazu auch Wolfram Wette (Gustav Noske, Düsseldorf 1987, S. 364 f.): „Im Falle Oberschlesiens scheint die Bildung einer selbstständigen ober-schlesischen Republik 1918/19 jeden falls eine akutere Gefahr gewesen zu sein als eine Polonisierung.“ [Dies dürfte erklären, warum auch die Großgrundbesitzer, wie Loewenfeld anführt, ihnen reserviert gegenüberstanden.] ... „Allerdings ist es infolge fehlender Spezialstudien noch heute schwer, die latenten und akuten Konflikte, die im Jahre 1919 pauschal als ‚Gefahren im Osten‘ wahrgenommen wurden, mit der wünschenswerten Klarheit zu analysieren.“

Neuere Lit.: Boris Barth<sup>33</sup>: Die Freikorpskämpfe in Posen und Oberschlesien 1919–1921. Ein Beitrag zum deutsch-polnischen Konflikt nach dem Ersten Weltkrieg. In: Dietmar Neutatz/Volker Zimmermann (Hg.): Die Deutschen und das östliche Europa. Aspekte einer vielfältigen Beziehungsgeschichte. Festschrift für Detlef Brandes zum 65. Geburtstag, München 2006, S. 317–333. (UB Kiel: **gsb 6:bra 4 Bf 626**) Barth geht nicht speziell auf die Loewenfelder ein, kommt aber zu dem Schluss: „Erstens trugen die Ereignisse in Posen und Oberschlesien erheblich dazu bei, dass sich das ohnehin stark belastete deutsch-polnische Verhältnis zusätzlich verschlechterte. Zögerliche Initiativen zu einem beiderseitigen Interessenausgleich oder gar einer bilateralen Versöhnung wurden bereits im Ansatz zerstört [Z.B bestand zunächst eine deutsch-polnische Zusammenarbeit in den AuS-Räten]. Zweitens bestätigten scheinbar die Freikorpskämpfe auf deutscher Seite ältere und langlebige anti-polnische Stereotypen, die nicht nur in der radikalen deutschen Rechten, sondern auch in anderen sozialen Gruppen ausgeprägt waren. Von denjenigen Feindbildern, die im Freikorpslager 1919/21 aufgegriffen, neu formuliert wurden und sich zu Stereotypen verfestigten, führte ein direkter Weg in die nationalsozialistische Hass-, Vertreibungs- und Vernichtungspolitik gegenüber dem polnischen Volk seit 1939.“

Damit hätten auch die Loewenfelder dazu beigetragen, dass Versöhnungsansätze zerstört wurden. Barth geht aber nicht explizit auf die Loewenfelder ein.

## 1.4.2 Oberschlesien (96–117)

S. 99

---

<sup>33</sup> Zu Prof. Barth (1961–2023) vergleiche den entsprechenden Wikipedia-Artikel.

Bei Ausbruch des Generalstreiks wurde in einem Brigadebefehl auch die „Festnahme von Streikposten“ angeordnet.

S. 103

Loewenfeld: „Sehr gut war das Verhältnis mit der M.S.P., die durch Wort und Presse der Brigade viel geholfen haben.“

Dieser Bericht Loewenfelds wurde zeitnah erstellt und dürfte damit sehr starke Rechtfertigungstendenzen nach dem Kapp-Putsch enthalten (BArch RM 8/1013, Bl. 42–52). Ganz anders äußerte sich Loewenfeld in seinem Bericht aus der Nazi-Zeit (1935) („Am 15. März 1920 marschierte die Brigade, verstärkt durch die schlesischen Freikorps von Aulock, Kühme und Paulsen nebst Zeitfreiwilligen-Formationen, in Breslau ein und säuberte Breslau und Schlesien von den mehrheitssozialistischen Machthabern.“<sup>34</sup>).

S. 107 f.

Forderung der Auslieferung der deutschen Kriegsverbrecher. Loewenfeld droht mit Töten ...

108

Zurückkehrende Baltikumtruppen, Aufnahme in die 3. MB gegen die Auflösungsbestrebungen der Regierung.

113

3. MB muss sich wegen der Abstimmung zurückziehen. In Breslau werden in der linken Presse (USPD, Sächsische Arbeiterzeitung, aber auch MSPD) schwere Vorwürfe erhoben.

114 f.

„ ... am 1.3.1920 ging dann ... ein Glückwunschsreiben von Admiral v. Levetzow zum einjährigen Bestehen der Brigade ein. (Endnote 87: BArch RM 112/198.) Der zunächst aus Berlin erfolgte Befehl vom 28. Februar 1920 zur Auflösung der Marinebrigaden bis zum 10. März erreichte die Brigade in Schlesien nicht, der Befehl wurde gemäß handschriftlichem Randvermerk ‚nicht abgesandt!‘“ (Endnote 88: BArch RM 20/419, 51 ...)

115

Fazit Hoffmann:

„Die 3. Marinebrigade hatte sich bei ihren Einsätzen in und um Berlin und in den oberschlesischen Grenzbezirken durch Geschlossenheit und Disziplin als Eliteverband bewiesen. Die Freiwilligen hatten sich mit selbstloser Tapferkeit in einem auch für Außenstehende deutlich wahrnehmbaren Kontrast zu den oft schwachen und unzuverlässigen Reichswehrverbänden bewährt. Die erfolgreichen Einsätze und die offenkundige Zuneigung der deutschen Bevölkerung der bedrohten oberschlesischen Grenzgebiete hatten das Selbstbewußtsein der Truppe gestärkt. Die Soldaten konnten sich als überlebenswichtiges Machtmittel eines schwachen Staates empfinden.“

## 1.5 Brigade und Kapp-Putsch (118–155)

118

---

<sup>34</sup> Wilfried v. Loewenfeld: Das Freikorps von Loewenfeld. 3. Marine-Brigade. In: Hans Roden: Deutsche Soldaten. Leipzig 1935. Der Entwurf des Beitrags ist zugänglich im Bundesarchiv-Militärarchiv unter BArch RM 122/116 Bl. 30–133.



„Ob oder inwieweit die Führung der 3. Marinebrigade in Planung und Einleitung des gescheiterten Putschversuches vom März 1920 involviert war, ist nicht mit Sicherheit feststellbar.“

„Eine Hermann Ehrhardts 2. Marinebrigade vergleichbare Schlüsselrolle konnte Loewenfelds Truppe aber schon aus räumlichen Gründen bei dem von Kapp und Lüttwitz überstürzt aus gelösten Putschversuch in Berlin nicht spielen. An ihren hauptsächlichen Stationierungsorten Breslau und Kiel waren ihre Einsätze während der fraglichen fünf Tage eindeutig nicht gegen die Berliner Putschisten gerichtet. Daß sie aber, wie Friedrich Forstmeier meinte, zweifelsfrei ‚im Sinne der Putschregierung‘ handelte, (Endnote 2) läßt sich nicht für Kiel, wo ein Bataillon der Brigade in erster Linie durch das ungeschickte Taktieren des Stationskommandanten in äußerst prekäre Lage geriet, und auch nicht mit Bestimmtheit für Breslau aussagen.“

Hauptargument Hoffmanns: Kein Angehöriger wurde verurteilt, gegen Loewenfeld wurde keine Anklage erhoben.

In Kiel handelte Stationschef v. Levetzow eindeutig im Sinne der Putschregierung (z.B. Anordnung der Verhaftung von Ebert und Noske, Absetzung des Zivilkommissars Poller, des Oberpräsidenten, ...) und die Loewenfelder waren dabei seine Kerntuppe.

Bezüglich Breslau siehe Zitat Loewenfelds (Säuberung von den mehrheitssozialdemokratischen Machthabern).

Das Hauptargument Hoffmanns spricht eher gegen die spätere Aufarbeitung der Ereignisse durch die Beamtenschaft und die Gerichte.

121

Nach Ehrhardts Einmarsch in Berlin: „Von der Brigade wurde aus Breslau ein Telegramm mit besten Wünschen und Loyalitätszusicherung an die Schwesterbrigade nach Berlin gesandt.“ (Endnote 13: Vgl. BArch (*Berlin*), R 43-1/601, 142, Anlg. FKpt. von Loewenfeld.)

121

„Der zu dieser Zeit in Kiel zunächst kurzfristig festgesetzte spätere Justizminister Gustav Radbruch erklärte, Offiziere des gerade kurz zuvor turnusmäßig dorthin rochierten Bataillons II/5 der Brigade hätten ihn im vertraulichen Gespräch durch Vorlage eindeutiger Dokumente zweifelsfrei überzeugen können, daß man in ihrem Bataillon nichts von dem anstehenden Putschversuch gewußt habe, sich vielmehr erst nach Vorlage des eindeutigen Befehls Trothas hinter die Putschisten gestellt habe.“ (Endnote 14: Vgl. LASH, 400 I, Nr. 476, Der Kapp-Putsch in Kiel, Darstellung von Gustav Radbruch S. 7 f.<sup>35</sup>)

Dass das Bataillon nichts vom bevorstehenden Putsch gewusst habe, ist durchaus vorstellbar, da die konkreten Putschpläne (speziell dann der vorgezogene, überstürzte Beginn) wohl kaum auf dieser Ebene diskutiert wurden. Die Stimmungslage der Freikorpsler kommt wohl eher bei Axel Eggebrechts Bericht aus Kiel „Der halbe Weg“ (S. 99) ungeschminkt zum Ausdruck: die Soziminister seien geflohen, die Freikorps stellten sich überall zur Verfügung der neuen Herren, viele Studenten meldeten sich begeistert, Misshandlung eines jüdischen Schneidermeisters in Nortorf, ...

123

---

<sup>35</sup> Auch abgedruckt in: Dirk Dähnhardt, Gerhard Granier (Hrsg.): Kapp-Putsch in Kiel. Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Band 66, Kiel 1980, S. 104–117, hier S. 108.

Im Gegensatz zu Eggebrecht schreibt Hoffmann:

„... weil die Begeisterung für das Berliner Unternehmen unter den Freikorpsoldaten ohnehin als eher verhalten anzusehen war. Nicht zuletzt wurde das Unternehmen insbesondere von vielen ehemaligen Frontsoldaten einmal mehr als eine allzu offensichtliche Aktion der verachteten Etappe empfunden, (Endnote 22: Vgl. Bronnen, Rossbach, S. 108.) der Gegensatz Front-Etappe fand sich auch im spannungsvollen Verhältnis zwischen Ehrhardt auf der einen und Kapp/Lüttwitz auf der anderen Seite. Der Zorn enttäuschter und sich mißbraucht fühlender Soldaten richtete sich nach dem Zusammenbruch des Unternehmens dann auch kaum gegen Hermann Ehrhardt, sondern vorrangig gegen den Kapp-Lüttwitz-Kreis.

Man kann aber wohl davon ausgehen, dass alle einen Erfolg des Unternehmens sehr begrüßt hätten; enttäuscht waren sie, weil es schlecht vorbereitet und misslungen war. So äußert sich auch Loewenfeld in seinem späteren Bericht. Claassen hätte außerdem durchaus die Möglichkeit gehabt, sich gegen Levetzow zu stellen, wie es dessen Stabschef KzS Max Reymann vorgemacht hatte (Rücktritt 16. März 1920).

### 1.5.1 Breslau (123–140)

124

Ernst Rudolf Huber: 3. MB als Truppen der Gegenregierung am 13. März 1920 in Breslau eingerückt, Oberpräsidenten und Polizeipräsidenten (beide SPD) abgesetzt. Lettow-Vorbeck (Schwerin) hatte nominell den Oberbefehl über die 3. MB.

125

Loewenfeld sei es dabei nur um Ruhe und Ordnung gegangen. Telegrafischer Solidaritätsgruß an die 2. MB: „...Der 2. Marine-Brigade herzlichsten Glückwunsch zum Erfolg, Die ganzen schlesischen Truppen stehen der neuen Regierung zur Seite. v. Loewenfeld.“ (Endnote 12: BArch ...)

125 f.

Kurzzeitige Verhaftung Major Hesterbergs (Chef des Generalstabes der Befehlsstelle VI) wegen politischer Unzuverlässigkeit (Hesterberg), wegen Verlassen seines Postens (Loewenfeld).

126 f.

Freikorpsler sprengen die Druckmaschinen der Breslauer Volkswacht (SPD) und beleidigen in einem öffentlichen Anschlagstext die alte Regierung. Hoffmann: „Unter den gegebenen Umständen kann eine Eigenmächtigkeit Einzelner nicht ausgeschlossen werden, ein Befehl zu dieser Aktion ist nicht auffindbar.“

Regierungspräsident Wolfgang Jaenicke (DDP) konnte sich einer Verhaftung entziehen und agierte gegen die Putschisten. Wurde um Vermittlung gebeten und verhandelte auch mit Loewenfeld, der nach Jaenicke nicht unsympathisch wirkte, aber bei der Nachricht vom Zusammenbruch des Putsches in Berlin stark betroffen war.

Hoffmann diskutiert nicht Loewenfelds Aussage in seinem Bericht von 1935: „Am 15. März 1920 marschierte die Brigade, verstärkt durch die schlesischen Freikorps von Aulock, Kühme und Paulsen nebst Zeitfreiwilligen-Formationen, in Breslau ein und

säuberte Breslau und Schlesien von den mehrheitssozialistischen Machthabern.“<sup>36</sup>.  
Stattdessen die Behauptung, es sei L. nur um Ruhe und Ordnung gegangen.

129 f.

Bei Abrücken der Freikorpsler kam es zu Schüssen aus Gebäuden und aus der Menge, wobei Soldaten getötet und verwundet wurden. „Sofort entwickelten sich schwere Tumulte mit weiteren zivilen und militärischen Opfern, die Schuld für die Eskalation wiesen sich die Parteien gegenseitig zu.“

130

„Das Berliner Tageblatt griff am 19. März zunächst noch einmal den unsinnigen Anschlag auf die „Volkswacht“ auf, um dann unter dem Untertitel „Die Folterkammer im Stabe des Generalkommandos“ noch „die eine Tatsache“ zu erwähnen, „daß, wie zuverlässig festgestellt ist, im Gebäude des Generalkommandos eine richtige FOLTERKAMMER bestand, deren Wände mit Nägeln gespickt waren, und der die während der Kapp-Tage Verhafteten überantwortet wurden!“ Die Behauptung gehört in die Kategorie journalistischer Gruselgeschichten, ein entsprechender Vorwurf wurde nirgends erhoben oder juristisch verfolgt. Die Darstellung zeitigte aber Folgen bis in die Gegenwart, so griff auch Erhard Lucas noch fünfzig Jahre später das reißerische Schlagwort in der Suggestivschlagzeile zu einem tendenziösen Artikel über die 3. Marinebrigade in der Frankfurter Rundschau auf. (Endnote)“

134 f.

„Aus den wenigen noch greifbaren Breslauer Quellen lassen sich außer dem ohne Personenschaden erfolgten Handgranatenanschlag auf die Druckerei der ‚Volkswacht‘ keine schwerwiegenden Vorwürfe gegen Brigadeangehörige [der 3. Marine-Brigade] ableiten. In einem geheimen Lagebericht des preußischen Innenministeriums vom 28. April findet sich der wahrscheinlich einzige Hinweis auf ein möglicherweise noch gerichtsrelevantes Fehlverhalten eines Mitglieds der Brigade während der Kapp-Tage in Breslau. (Endnote 43: GStA PK<sup>37</sup>, I. HA, Rep. 77 MinIn, Nr. 7329, Nr. 5100/20, S. 1: „Aus Breslau wird gemeldet ... Haftbefehle gegen Oberleutnant Schmitz (3.M.B.) ... erlassen.“) Die Untersuchungen bezüglich der Vorfälle fanden vor dem dortigen Landgericht unter der Leitung von Landrichter Paschke statt, Verurteilungen wurden später gegen einige wenige Angehörige anderer Freikorps ausgesprochen, nicht gegen Angehörige der 3. Marinebrigade. (Endnote 44: BArch (B), R 43-1/601 ...)“

Vgl dazu Bernhard Sauer: „Auf nach Oberschlesien.“ Die Kämpfe der deutschen Freikorps 1921 in Oberschlesien und den anderen ehemaligen deutschen Ostprovinzen. In: ZfG, 58. Jahrgang 2010, Heft 4, S. 297–320, hier S. 303 f. Online zugänglich (aufgerufen am 11. März 2024) unter: [http://www.bernhard-sauer-historiker.de/sauer\\_obereschlesien.pdf](http://www.bernhard-sauer-historiker.de/sauer_obereschlesien.pdf)

Sauer verweist auf gerichtliche Ermittlungen nach einer Quelle ebenfalls des Geheimen Staatsarchivs: Zu den Ermittlungen siehe Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK), I. HA, Rep. 84a, Nr. 14308.

Und auf S. 304 schreibt er: „Sieben Breslauer Bürger wurden während der Putschtage ermordet. Haftbefehle wurden u. a. gegen frühere Angehörige der 3. Marinebrigade

<sup>36</sup> Wilfried v. Loewenfeld: Das Freikorps von Loewenfeld. 3. Marine-Brigade. In: Hans Roden: Deutsche Soldaten. Leipzig 1935. Der Entwurf des Beitrags ist zugänglich im Bundesarchiv-Militärarchiv unter BArch RM 122/116 Bl. 30–133.

<sup>37</sup> Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz.

Loewenfeld erlassen. Doch sei es nicht möglich gewesen, die Haftbefehle zu vollstrecken und die Aufenthaltsorte der gesuchten Personen in Erfahrung zu bringen. Ganz offensichtlich - so hieß es in einem Bericht an den Reichsminister - seien die gesuchten Militärpersonen rechtzeitig von den vorgesetzten Dienststellen gewarnt worden.“ (Fußnote 33: GStA PK ,I HA, Rep. 84 a, Nr. 14308, Bl. 59.)

### 1.5.2 Kiel (141–155)

141

„... Bataillone im Rotationsverfahren für jeweils acht Wochen zur Ausbildung nach Kiel zu beordern.“

Nach meinen Unterlagen ging es eher darum die Kieler in Schlesien auszubilden.

142 f.

„ ... auch Levetzows spätere, durchaus glaubhafte Erklärung ... , daß er den Putsch von Anfang an für Unfug gehalten habe, ...“

Die Erklärung ist nicht glaubhaft, vgl. Verhaftungsbefehl für Ebert, Noske, Absetzung Oberpräsident, etc. Granier („Levetzow“ auf dem die Einschätzung beruht) konnte auch in der direkten Kommunikation keine überzeugenden Gründe nennen. Levetzow mag den überstürzten Putsch für Unfug gehalten haben, die Bestrebungen der Putschisten unterstützte er jedoch mit aller Macht und er folgte dabei dem Plan der Putschisten (Absetzung von „unsicheren“ Oberpräsidenten, Einberufung des Zeitfreiwilligenregiment Untersagung des Erscheinens der Zeitungen) ohne dazu von Kapp oder Lüttwitz angehalten worden zu sein.<sup>38</sup>

143

„In der unübersichtlichen Lage in Kiel agierte Levetzow aus seiner Kommandobehörde heraus jedoch in den kritischen Märztagen nicht nur wenig diplomatisch, sondern zeitweilig äußerst ungeschickt, und das zur Verfügung des Stationskommandos stehende Bataillon Claassen fand sich dadurch als der einzige wirklich einsatzfähige Verband in Stadt und Umland schon sehr bald in einer äußerst prekären Situation.“

Levetzow stellte sich hinter die neue Regierung und das führte zu den Problemen in Kiel. Claassen hätte dem nicht folgen brauchen, denn es war spätestens Donnerstag klar, dass Levetzow illegal handelte.

143 f.

„In Kiel kam es infolge der Berliner Ereignisse zu schwersten Tumulten ähnlich denen des November 1918. Die örtliche Marinestation geriet an den Rand der Auflösung, zahlreiche Offiziere wurden durch Mannschaften verhaftet, in der Stadt brach die öffentliche Ordnung zeitweilig vollständig zusammen, es gab mehrere Dutzend Tote und Verletzte.“

„Die Stimmung in der Stadt war inzwischen derart aufgeheizt, die Entfernung Levetzows nicht etwa beruhigend wirkte, sondern sich im Gegenteil als Fortfall eines psychologischen Hemmnisses für die radikalen Kräfte erwies, ...“

---

<sup>38</sup> Vgl.: Klaus Kuhl: Kiels „blutiger Donnerstag“, 18. März 1920. In: Rolf Fischer (Hrsg.): Sehnsucht nach Demokratie. Neue Aspekte der Kieler Revolution 1918. Beiträge aus dem Kieler Initiativkreis 1918/19, S. 98 ff.

Straßenkämpfe grundlos ...

„nun mußte das gesamte übrige Claassen-Bataillon den schwer bedrängten Kameraden zur Hilfe kommen. (Endnote 18: Vorläufiger Bericht der Station, in Dähnhardt/Granier)“

Hoffmann schildert hier und auch im Folgenden noch die Situation in Kiel als völlig chaotisch. Das war sie jedoch insbesondere deshalb nicht, weil sich die Sicherheitspolizei zusammen mit der Arbeiterwehr den Putschisten entgegenstellte und diese auch nach der Niederlage der Putschtruppen die Auswüchse schnell unter Kontrolle brachten. Die „Entfernung Levetzows“ hinderte ihn nicht daran, seine Truppen in die Stadt zu schicken, um das Gewerkschaftshaus besetzen zu lassen. Dies war der eigentliche Auslöser der schweren Kämpfe. Ewers Rückzugsbefehl wurde nicht befolgt, obwohl sich Sicherheitspolizei und Arbeiterwehr zunächst in einer schwierigen Verteidigungsposition befanden. Ein Rückzug wäre möglich gewesen.<sup>39</sup>

145 f.

Vorgänge um die Schiff- Maschinenbauschule, gesteigerte Offensivlust .... Hoffmann schildert die Auswüchse.

Dass es überhaupt zu den Vorgängen kam, liegt zunächst einmal daran, dass Levetzow die Schule besetzen ließ, zur Kontrolle des Gewerkschaftshauses und des Polizeipräsidiums. Der kommandierende Offizier versuchte Levetzow mehrmals erfolglos zu überzeugen, zu Verhandlungen zu kommen. Stattdessen schickte Levetzow die Loewenfelder, die die Stimmung weiter anheizten.<sup>40</sup>

Den geschilderten Auswüchsen/Misshandlungen stellten sich insbesondere die organisierten Arbeiter entgegen und kritisierten sie auch heftig in späteren Veröffentlichungen.

145

Von den Bünden planmäßig betriebene Zermürbung der Truppen ...

Gemeint sind hier die Vereinigungen der Unteroffiziere und der Deckoffiziere sowie der Republikanische Führerbund. Diese bestanden auf Verfassungstreue, was insbesondere von Seiten der Seeoffiziere als „Zermürbung“ und später als Befehlsverweigerung und Auflehnung dargestellt wurde. Offenbar folgt Hoffmann der Darstellung in diesem Zitat aus dem Stationsbericht.<sup>41</sup>

147

„Nach einem Mißverständnis Levetzows, der nach einem falsch wiedergegebenen Telefonanruf irrtümlich annahm, in sein Kommando wieder eingesetzt zu sein, ...“

Levetzow setzte alles auf eine Karte und versuchte das Gewerkschaftshaus erobern zu lassen, um den Verteidigern von Republik und Demokratie noch in dieser Phase und im Zuge des von ihm ausgerufenen Kampfes aller gegen den Bolschewismus eine

---

<sup>39</sup> Kuhl, Kiels blutiger Donnerstag, S. 87–92. Vgl. auch Kässner, Deckoffizierbewegung, S. 228. Paul Kässner, Oberdeckoffizier a. D.: Zur Geschichte der Deckoffizierbewegung, des Deckoffizierbundes und des Bundes der Deckoffiziere. Selbstverlag des Verfassers, Altona, Stresemannstr. 175. Altona 1932. Eine Analyse und Edition wurde 2022 erstellt von Klaus Kuhl; vgl. Klaus Kuhl: Analyse und Edition von: Paul Kässner, Oberdeckoffizier a. D.: Zur Geschichte der Deckoffizierbewegung, des Deckoffizierbundes und des Bundes der Deckoffiziere. Kiel 2022. Online zugänglich (aufgerufen am 4. Mai 2022) unter: [http://kiel-wiki.de/index.php?title=Datei:Kuhl\\_analyse-edition-kaessner-deckoffizierbewegung\\_2022.pdf](http://kiel-wiki.de/index.php?title=Datei:Kuhl_analyse-edition-kaessner-deckoffizierbewegung_2022.pdf).

<sup>40</sup> Kuhl, Kiels blutiger Donnerstag, S. 78–87.

<sup>41</sup> Vgl. Dähnhardt/Granier, Kapp-Putsch in Kiel, S. 65.

Demütigung zuzufügen. Der Telefonanruf war ihm dabei ein willkommener Vorwand.<sup>42</sup>

147 f.

Kampf um die alte Station und Abführen der Besatzung.

Die bei der Abführung vorgekommenen Exzesse gehen auch zu einem gewissen Teil auf Radbruchs Vorhaben zurück, die Einheit in die Wik zu den dortigen Putschtruppen zu eskortieren. (Hauptsächlich waren KzS Hagedorn, Kmd. der Küstenwehr und Claassen verantwortlich, die sich weigerten, die Einheit rechtzeitig zurückzuziehen als dort die Unhaltbarkeit der Position klar geworden war.) Erst als Radbruch auf die Forderung einging, die Einheit im Gewerkschaftshaus festsetzen zu lassen, fanden sich Unterstützer, die die Soldaten vor Misshandlungen schützten, was leider nur unvollkommen gelang.<sup>43</sup>

149 f.

Claassen rückt ohne Befehl ab. In diesem Zusammenhang stellt Hoffmann die Frage, warum man keine hochrangige Offiziersdelegation hinterherschickte, um die Truppe zur Räson zu bringen. Hoffmann sieht die Schuld bei den „Schreibtischoffizieren“ (Gegensatz von Front und von diesen verachteter Etappe), denen das zu gefährlich gewesen wäre.

Kässner bringt Hinweise für viel nahe liegendere Ansicht: Die Seeoffiziere waren mit dem Vorgehen einverstanden. Dies zeigte sich auch daran, dass einige Minenräumschiffe, ebenfalls ohne Befehl und trotz erfolgter Rückrufe, Kiel verließen.<sup>44</sup>

152 ff.

In Kiel herrschte Anarchie, Seeoffiziere massiv drangsaliert, unautorisierte Verhaftungen, ... Hoffmann nimmt an, dass die Delegation unter Radbruch der Claassen Abteilung hinterherfuhr, um wieder Truppen nach Kiel zu bringen.

Die chaotischen Verhältnisse wurden schon bald von Garbe korrigiert. Hoffmanns Darstellung entspricht nicht dem Bericht Radbruchs („Garbe forderte mich auf ... dem Detachement Claassen nachzufahren ... seine Absichten festzustellen ... Auch sollte ich die zeitfreiwilligen Studenten, die sich in unberechtigter Furcht vor der Rache der Kieler Arbeiterschaft dem Detachement ... angeschlossen hatten, zur Rückkehr ... veranlassen; ...“)<sup>45</sup>

Radbruchs Bericht zeigt also, dass wieder Ruhe einkehrte und dass man keine (unzuverlässigen) Truppen in Kiel brauchte.

Der Oberdeckoffizier Paul Kässner beschrieb 1932 anhand von Zeugenaussagen (Schattmeyer, Mönch, Kuhlmann), wie die Mitglieder des aus der Kieler Eisernen Brigade (1. Marine-Brigade) hervorgegangenen Küstenwehrrégiments aus der Wik mit der Einheit von Claassen abzogen. Ihnen war von den Seeoffizieren gesagt worden, der Ortswechsel sei angeblich nur für einige Tage nördlich des Kanals bis zur Beruhigung der Arbeiterschaft in Kiel vorgesehen. Im Ruhequartier auf dem Gut Wulfshagen, vor Gettorf, erhielten sie von verschiedenen Offizieren widersprüchliche Aussagen (Wir bilden eine besondere Truppe unter dem Oberbefehl v. Levetzow. Die

<sup>42</sup> Kuhl, Kiels blutiger Donnerstag, S. 105 f.

<sup>43</sup> Kuhl, Kiels blutiger Donnerstag, S. 97.

<sup>44</sup> Kässner, Deckoffizierbewegung, S. 244–253.

<sup>45</sup> Dähnhardt/Granier, Kapp-Putsch in Kiel, S. 116.



neu formierte Truppe wird als Freikorps der Regierung zur Verfügung gestellt). Sie fühlten sich irre geführt und kehrten nach Kiel zurück.<sup>46</sup>

154

Bei der Marine ging alles drunter und drüber ... Vossische Zeitung berichtete von katastrophalen Zuständen ...

Diese Behauptungen gingen zurück auf eine von den Seeoffizieren initiierte Kampagne. In den Kieler Zeitungen findet sich nichts Derartiges. Ebert erhielt von Fritz Voigt, MdN, den er vermutlich nach Kiel zur Untersuchung geschickt hatte, einen Bericht. Voigt konnte keine derartigen Zustände feststellen und warf den Seeoffizieren interessengeleitete Propaganda zur Ablenkung von ihrer Putsch-Unterstützung vor. Auch KzS a.D. Persius kam zu ähnlichen Schlussfolgerungen.<sup>47</sup> Vgl. auch Kässners Darstellungen dazu, der dies ebenfalls energisch bestreitet.

155

Hoffmann zitiert Loewenfeld, die Sicherheitspolizei habe kapituliert und sich verprügeln lassen.

Tatsächlich hatte sich die Sipo als verfassungstreu gezeigt, ihre höheren Offiziere abgesetzt und die Arbeiterwehr unterstützt. (Vgl. etwa den Bericht des Sipo-Leutnant Kemsies.<sup>48</sup>)

155 f.

Einheit Claassen ging nicht ins Ruhrgebiet sondern wurde aufgelöst.

Aber im Bericht über die Marinebrigaden (BArch RM 122/71, Bl. 6-10) hieß es dazu: „Seit Nov. 1919 war ein Batl. (zunächst I, ab 2.2.20, II. Batl. Mar.Regts. 5 in Kiel als Rückhalt für das Stationskommando.) [...] II./M.R.5 verläßt etwa 20.3. [...] Kiel und schlägt sich nach dem Lochstädter [Lockstedter] Lager durch und findet Mitte April wieder Anschluss an die Brigade.“<sup>49</sup>

---

<sup>46</sup> Vgl. Paul Kässner, Oberdeckoffizier a. D.: Zur Geschichte der Deckoffizierbewegung, des Deckoffizierbundes und des Bundes der Deckoffiziere. Selbstverlag des Verfassers, Altona, Stresemannstr. 175. Altona 1932, S. 247 f.; sowie Klaus Kuhl: Analyse und Edition von: Paul Kässner, Oberdeckoffizier a. D.: Zur Geschichte der Deckoffizierbewegung, des Deckoffizierbundes und des Bundes der Deckoffiziere. Kiel 2022, S. 16 und 132. Online zugänglich (aufgerufen am 4. Mai 2022) unter: [http://kiel-wiki.de/index.php?title=Datei:Kuhl\\_analyse-edition-kaessner-deckoffizierbewegung\\_2022.pdf](http://kiel-wiki.de/index.php?title=Datei:Kuhl_analyse-edition-kaessner-deckoffizierbewegung_2022.pdf).

<sup>47</sup> Klaus Kuhl: Leutnant zur See Carl von Seydlitz – der Kampf für die Demokratisierung der Reichsmarine. In: Rolf Fischer (Hrsg.): Sehnsucht nach Demokratie. Neue Aspekte der Kieler Revolution 1918. Kiel 2020, S. 23–35, hier S. 29 ff.

<sup>48</sup> Kuhl, Kiels blutiger Donnerstag, S. 84.

<sup>49</sup> In meinem Artikel: Klaus Kuhl: Abzug des Bataillons Claassen/Detachement Kiel nach dem Kapp-Putsch in Kiel 1920. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte. Band 146, 2021, S. 241–256, schrieb ich, gestützt auf die genannte Quelle, dass Claassens Einheit an den Kämpfen im Ruhrgebiet teilgenommen habe, diese Kämpfe waren jedoch Mitte April im Wesentlichen beendet. Die Brigade Loewenfeld wurde am 7. Mai 1920 abgezogen (Hoffmann, Loewenfeld, S. 190). Offensichtlich nahm Claassens Einheit nicht mehr an den Kämpfen, sondern wohl nur noch an Sicherungsaufgaben teil.



## 1.6 Der letzte Auftrag (156–189)

Ruhraufstand, Schilderungen, dass die ländliche Bevölkerung die Loewenfelder als Befreier begrüßte.

159 f.

Ermordung des Lohberger Grubeninspektors Heinrich Sebold.

160

„Im selben Zeitraum wurde auch ein Urlauber der Brigade, der in Dorsten seine Eltern hatte besuchen wollen, sadistisch ermordet aufgefunden: ...“

161

Hinweis auf Februar 1919: Bottroper Rathaussturm. „...von radikalen Arbeiterwehren aus den Nachbarstädten angegriffen, belagert und erobert worden. Die Belagerer hatten nach der Kapitulation der Rathausverteidiger unter den entwaffneten Polizisten und Wehrmännern auf dem Rathausvorplatz ein Blutbad angerichtet. (Endnote 56<sup>50</sup>) Bei Anrücken einer Einsatztruppe, für deren Einsatz der Oberbefehl bereits im Vorjahr bei dem nun wieder zuständigen Befehlshaber des Wehrkreises VI in Münster, General von Watter, lag, waren die meisten der Rathausbesetzer zwei Tage später geflüchtet.“

Hoffmann stützt sich hier wiederum auf Loewenfelds Darstellung, die dieser kurz nach dem Kapp-Putsch verfasste und die deshalb starke Rechtfertigungstendenzen enthält. Hoffmann hätte hier unbedingt auch andere Quellen/Literatur diskutieren müssen.

163

„So wurde auch beim weiteren Vorrücken der Marinebrigade eine aus den vom maßgeblichen Kräften ohnehin kaum noch beachteten Verhandlungen des Staatskommissars für die Öffentliche Ordnung, Carl Severing, in Münster resultierende Halteforderung an der Lippe ignoriert, wie der Ia der Brigade, Ulrich von Bose, noch vierzig Jahre später mit drastischer Wortwahl einräumte: ‚Als der Waschlappen Severing in Münster eingesetzt war, natürlich nur, damit die Freikorps den Arbeiter-Wählern nicht weh taten, überschritten wir mit stillschweigendem Einverständnis des braven General v. Watter die Lippe und kamen durch diese eigene Verantwortung gerade noch zurecht, um in den Orten Unheil abzuwenden.‘“ (Endnote 21)

Das Eingeständnis eines klaren Verstoßes gegen eine Anordnung der Regierung, von Hoffmann „augenzwinkernd“ als notwendig dargestellt.

166

Kritik an Erhard Lucas (3. Band zur Märzrevolution, 1978) wegen Bericht über Waffenabgabe der Rotgardisten.

174 f.

Flaggenfrage.

„Als die Marinebrigade daraufhin auch in Essen einrücken sollte, ereignete sich während der Vorbesprechung des für den 7. April anvisierten Einmarschs der Truppe in die Stadt“ im Essener Rathaus ein skurril-amüsanter anmutender Vorfall, der ein nur vermeintlich nebensächliches Detail beleuchtet. Der sichtlich nervöse Oberbürgermeister Luther, der ebenso wie der Hagener OB Willi Cuno von etlichen Offizieren in einer truppeninternen

---

<sup>50</sup> BArch, RM 8/1013, 51, Loewenfeld (op.cit., 1.3.). [(Lat.) „opere citato“, im angegebenen Werk.]

Denkschrift schon im Vorfeld warnend als „bedingungsloser Opportunist [von] reinstem Wasser“ bezeichnet worden war,‘ fragte nach der obligatorischen Gruß- und Dankadresse den Kommandeur vorsichtig, ob man denn statt der schwarz-weiß-roten Fahnen nicht mit den neuen Reichsfarben einmarschieren könne? Worauf Loewenfeld sich zu seinem begleitenden Stabsoffizier umwandte und fragte: „Wissen Sie, was heute die Reichsfarben sind?“ und von diesem die Antwort bekam: „Ich glaube Schwarz-Grün-Violett.“ Es blieb bei den Traditionsfahnen. In einem noch im Stile einer Bitte formulierten Befehl hatte Minister Noske im September 1919 das Vorantragen schwarz-weiß-roter Fahnen durch auf dem Marsch befindliche Truppen untersagt.“ Das für das Ruhrgebiet zuständige Reichswehrgruppen-Kommando 2 in Kassel hatte nun am 25. März 1920 versucht, die Flaggenfrage durch ausdrücklichen Befehl des zuständigen Oberkommandierenden in den Griff zu bekommen: 'Das Mitführen besonderer Fahnen und Abzeichen ist unmilitärisch. Auch in der alten Armee gab es keine nichtmilitärischen Fahnen und Abzeichen. Ich verbiete daher das Mitführen schwarz-weiß-roter Flaggen und ersuche die Militärbefehlshaber und Truppenführer, dies Verbot den unterstellten Verbänden sofort bekanntzugeben.' (Endnote 68) Es fällt auf, daß sich der Befehl nur auf die in manchen Freikorps in Eigeninitiative erstellten Verbandsfahnen bezog.

Bei der von der Marinebrigade gezeigten Flagge handelte es sich aber weder um die alte Reichsflagge noch um eine in Eigeninitiative erstellte schwarz-weiß-rote Flagge mit inoffiziellem Verbandselement, sondern um die offizielle Kriegsflagge der Kaiserlichen Marine, die in der gesamten Marine nach wie vor in Gebrauch war. Gemäß des Ausführungserlasses vom 15.10.1919 zum Flaggenerlaß des Reichspräsidenten vom 27.9.1919 führte die Marine weiterhin die alt kaiserliche Reichskriegsflagge, sämtliche Marine-Einheiten standen noch Ende 1921 unter dieser Flagge. (Endnote 69) Eine allgemein verbindliche Reichsflagge existierte nicht.“

**Eine interessante Klarstellung der Flaggenfrage. Aber hier wäre ein Kommentar angebracht gewesen, warum diese Frage nicht gelöst war und das Militär diese Flaggen für provokative, reaktionäre Demonstration nutzen konnte. Auch Loewenfelds Herabsetzung der neuen Farben wäre zu kommentieren gewesen. Hoffmanns Interpretation von Noskes Anweisung („Ich verbiete daher das Mitführen schwarz-weiß-roter Flaggen...“) als die Reichskriegsflagge in der Marine nicht betreffend, ist mindestens diskussionswürdig.**

180

„Während der Zeit der Stationierung der Truppe im Bottroper Stadtgebiet kam es zu etlichen zum Teil sehr schweren strafrechtlich relevanten Vorfällen, die später, teilweise ungeachtet des tatsächlichen Wahrheitsgehalts der jeweiligen Meldung, der Beweislage und erfolgter oder unterbliebener Aufklärung, ausschließlich der Brigade in ihrer Gesamtheit zur Last gelegt wurden. Die zunächst noch verhalten freundliche Stimmung, in den Arbeiterquartieren sowieso eher spärlich, verflachte umso mehr, je mehr überall im Stadtgebiet nach vermeintlichen oder tatsächlichen untergetauchten Kämpfern der Roten Ruhr-Armee gefahndet wurde. Die Fahndungen mußten in Ermangelung ausreichender Polizeikräfte vielfach durch Soldaten ausgeführt werden, die dafür weder ausgebildet noch vor dem Hintergrund der vorangegangenen verlustreichen Kämpfe und der ständig schärfer werdenden öffentlichen Anfeindungen psychisch geeignet waren. Es kam dabei zu zahlreichen teilweise schweren Übergriffen und etlichen Todesfälle durch Erschießungen, häufig während vorgeblicher oder tatsächlicher Fluchtversuche, die, auch wenn nachfolgende Untersuchungsverfahren der zuständigen Gerichte in den weitaus meisten Fällen eingestellt wurden oder mit Freispruch der betreffenden angeklagten Soldaten endeten, sich nicht wirklich zweifelsfrei aufklären ließen.“

S. 186

„Ab dem 7. Mai wurde die Brigade nun aus dem Einsatzraum abgezogen und zur Auflösung in das Sennelager bei Paderborn verlegt. Bis zum 9. Mai ergingen die Brigadebefehle noch aus Dorsten, am 12. Mai erging der erste Tagesbefehl im Sennelager.“ (Endnote 105).

Hoffmann hätte auch in diesem Kapitel wichtige neuere Literatur diskutieren müssen, die seinen Aussagen zum Teil widersprechen, z.B. Heinrich August Winkler: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie. C.H. Beck, München 1993.

## 1.7 Auflösung (190–207)

Sennelager bei Paderborn

## 1.8 Nachwirkungen (208–223)

208

„Von denjenigen vormaligen Brigadeangehörigen, die sich in der Folgezeit bei einer der nationalsozialistischen Parteiorganisationen fanden, bekleideten zwei in der SA und drei in der SS höhere Führungsranke.“

Wikipedia listet 16 Personen auf, darunter Franz Claassen (SS-Brigadeführer), Hans Kolbe, Oswald Pohl (in Nürnberg zum Tode verurteilt und hingerichtet).<sup>51</sup>

Schlageter

## 1.9 Der Weg des Kommandeurs (224–258)

### 1.9.1 Reichsmarine, ... (227–247)

Kein Hinweis und keine Diskussion von Vorwürfen der Unterstützung der Organisation Consul.

Entsprechende Vorwürfe gegen Loewenfeld wurden in der Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung erhoben: VZ 16.12.1926 Otto Eggerstedt berichtet über Putschvorbereitungen der OC auch in Kiel. Angetrunkener Loewenfeld habe erklärt, er sollte dabei das Kommando in Kiel übernehmen.

Vgl. dazu: Keith W. Bird: Weimar, the German Naval Officer Corps, and the Rise of National Socialism. Amsterdam 1977, pp. 171

225

„In der letzten Phase des Krieges war Loewenfeld dann schließlich Adjutant beim Stab der I. Marinedivision in Flandern und bei Admiral Scheer in der Seekriegsleitung im Großen Hauptquartier.“ Bei einem Bordkommando kurz vor Ende des Krieges auf SMS Markgraf hatte er sich durch seine unnachgiebige Haltung gegenüber allen offenen Aufsässigkeiten an

---

<sup>51</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Marine-Brigade\\_von\\_Loewenfeld#Berufsbiografischer\\_%C3%9Cberblick](https://de.wikipedia.org/wiki/Marine-Brigade_von_Loewenfeld#Berufsbiografischer_%C3%9Cberblick) (aufgerufen am 10. März 2024).

Bord der Schiffe vom ersten Moment an hoffnungslos mit dem Geschwaderchef überworfen, und sich dann bereits nach nur zwei Tagen unter den chaotischen Umständen dieser Tage über die Mecklenburgische Bucht nach Kiel durchgeschlagen, wo gerade der mit Loewenfeld gut bekannte Admiral Souchon als Gouverneur durch Gustav Noske ersetzt worden war. In Kiel war Loewenfeld ab dem 17.11.1918 formal Kommandeur des 5. Marineregiments der Marinedivision Kiel, und begann schon bald mit dem Aufbau eines Freiwilligen-Verbandes. (Endnote 9: Hildebrand/Henriot, Admirale, S. 390,)<sup>52</sup>

Loewenfeld wurde am 4.11. von SKL und KdH auf Markgraf kommandiert, um die Besatzung zu überzeugen, sich wieder den Offizieren zu unterstellen. Dabei betonte er wiederholt, dass man der Regierung Gehorsam leiste. Der Geschwaderchef entließ ihn vermutlich am 7.11., weil er mit seiner starren Haltung die Besatzungen immer weiter gegen die Marineführung aufbrachte (Tagebuch Loewenfeld: „weil er die Überzeugung hätte, dass ich wie ein rotes Tuch auf die Leute wirke“). Loewenfeld fuhr per Torpedoboot nach Arendsee in Mecklenburg (heute zu Kühlungsborn gehörig). Dort im Kreise der U-Bootfahrer schöpfte er wieder Hoffnung. Er wurde dann am 17.11. von der SKL nach Kiel kommandiert.<sup>52</sup>

229

„... der Reichspräsident handelte nicht allein aus eigenem Antrieb. Der spätere Admiral Erich Förste erinnerte sich an die starken Anfeindungen: „Es hat deshalb von marxistischer Seite nicht an Angriffen gegen die Kriegsmarine gefehlt, besonders wegen der Person des Kapitäns von Loewenfeld. Aber der damalige Chef der Marineleitung, Admiral Behncke, hat sich mit dem ganzen Gewicht seines Amtes vor ihn gestellt [...]. (Endnote 11)

Der entscheidende Faktor für den weiterhin unbehelligten Verbleib Loewenfelds in der Reichsmarine wäre demnach in der gewichtigen Rückendeckung des allseits als besonders honorig geschätzten Behncke zu sehen.“

234

Lohmann-Affäre (KzS Walter Lohmann).

242 f.

„Die Marine unternahm jedoch keine Anstalten, Loewenfeld zu reaktivieren, was bei einem erwiesenen fähigen und vielseitig einsetzbaren Offizier in Anbetracht des dringenden Bedarfs der folgenden Jahre selbst in dieser fortgeschrittenen Altersklasse merkwürdig ist. Dies umso mehr, wenn man berücksichtigt, daß etliche weit weniger befähigte Offiziere derselben Altersklasse demgegenüber in dieser Zeittatsächlich reaktiviert wurden. Unter diesen auch so offenkundig unfähige Vertreter wie der gescheiterte resp. von der Truppe abgelehnte, formelle erste Kommandeur der 1. Marinebrigade, der sogar noch gut fünf ältere Schlick, der nach seinem kurzzeitigen und als vollständiger Fehlschlag zu sehenden Engagement bei den Kieler ‚Eisernen‘ seine militärische Laufbahn hatte beenden müssen.

Schlick wurde ab dem 12. Mai 1941, im Alter von 67 Jahren, reaktiviert. Auf der einen Seite Loewenfeld, der Befähigung und Einsatzbereitschaft eindrucksvoll unter Beweis gestellt hatte, auf der anderen ein Mann wie Schlick der in seiner militärischen Laufbahn zuletzt auf ganzer Linie gescheitert war, und der außer einer Tätigkeit für den Kyffhäuserbund nach 1919

---

<sup>52</sup> Klaus Kuhl: Die Vorgänge auf SMS „Markgraf“ im Oktober/November 1918.

Gegenüberstellung der Aussagen und Berichte des Matrosen Karl/Carl Bock, des Wachoffiziers Karl v. Kunowski und des Ersten Offiziers, Korvettenkapitän Wilfried von Loewenfeld (teilweise ergänzt durch Tagebucheintragen des Kapitänleutnants Kurt Graf von Schweinitz). Kiel 2021. Online zugänglich (aufgerufen am 10. März 2024) unter: [https://kiel-wiki.de/Zeitzeugen\\_Matrosen%E2%80%93und\\_Arbeiteraufstand\\_1918/1919#Karl\\_von\\_Kunowski](https://kiel-wiki.de/Zeitzeugen_Matrosen%E2%80%93und_Arbeiteraufstand_1918/1919#Karl_von_Kunowski).

nicht mehr viel vorzuweisen hatte, was ihn für militärische Verwendung hätte interessant machen können. (Endnote 55)“

## 1.9.2 Überlegungen zur Person (248–258)

252 f.

Keine Unterzeichnung mit „Heil Hitler“, im Gegensatz etwa zu A. de la Perière.

256

L. war von altem Adel und erklärter Reaktionär. Beziehungen zum 20. Juli: Erwin v. Witzleben war Cousin, enger Familienverband, Johanniterorden, ...

256 f.

„Wilfried von Loewenfeld verfügte über Charisma und Durchsetzungskraft, er praktizierte einen respektvoll-kameradschaftlichen Führungsstil, Standesdünkel war ihm fremd; Nachdenklichkeit, Besonnenheit und persönlicher Mut wurden ihm von Außenstehenden wie dem Breslauer Regierungspräsidenten Wolfgang Jaenicke bescheinigt. Schwerwiegende persönliche Schuld läßt sich in keiner Lebensphase nachweisen; es findet sich kein belastbarer Beleg, wonach Loewenfeld rechtswidrige Gewalt ausgeübt, befohlen, toleriert oder gedeckt hätte. [...]

Zweifellos sah der erklärte Reaktionär den Umsturz des November 1918 als verbrecherischen Akt der Zerstörung; so war er nicht unbedingt als ‚Vernunft-Republikaner‘, wie einige Autoren meinten, **wohl aber als Patriot ein loyaler Staatsdiener**; aus Kreisen der zeitgenössischen politischen Rechten wurde er abwertend als „unpolitischer Befehlsempfänger“ bezeichnet, aussagekräftige Indizien deuten darauf hin, daß er dem Nationalsozialismus merklich distanziert gegenüberstand.“

L.s eigene Aussage 1935 kennzeichnet ihn als keineswegs loyal. Er bekämpfte aktiv Republik und Demokratie. Hier liegen vermutlich Parallelen vor zur Rolle des Adels in der Weimarer Republik: Wilhelm II und besonders der Ex-Kronprinz unterstützten die NS-Bewegung. Sie erhofften sich eine Restauration der Monarchie. Der NS-Elite kam diese Unterstützung sehr gelegen und schwächte die Position der DNVP. Als aber Hitler, Goebbels und Göring ihre Macht genügend gefestigt hatten, ließen sie die Maske fallen und deklarierten den Adel als reaktionär. Sie wiesen eine Restauration der Monarchie sowie einen größeren Einfluss des Adels auch mit den Mitteln physischer Gewalt zurück. Dieser Prozess begann 1934. Insofern ist die distanzierte Haltung des adligen Loewenfeld in seinem Artikel von 1935 nur folgerichtig. Dies hätte von Hoffmann diskutiert werden müssen. Vgl. Stephan Malinowski: Die Hohenzollern und die Nazis. Geschichte einer Kollaboration. Berlin 2021, S. 428 ff.

## 2: Entwicklung und Durchsetzung eines Geschichtsbildes (259-356)

### 2.1 Darstellungen und Wertungen (259–277)

S. 259

„...die zeitweise das gesamte Land bis an den Rand eines umfassenden Bürgerkrieges bringenden innerdeutschen Kämpfe seit dem Spätherbst 1918, ‚es gab von Anfang an Exzesse, Gefangene wurden erschossen, ein Menschenleben galt nicht viel. Dem äußeren

Feind mag man Achtung zollen, dem Gegner im Lande selber, ob man ihn nun als Verräter an der Nation oder als Verräter einer Klasse empfindet, ist nie auch nur ein geringstes Maß an Gnade zuteil geworden.“ (Endnote 1: Hansjoachim Koch: Der deutsche Bürgerkrieg. Eine Geschichte der deutschen und österreichischen Freikorps 1918-1923. Dresden 2. Aufl. 2002, S. 81.)

S. 260

„...muß doch daran erinnert werden, daß die wie auch immer motivierten revolutionären Gruppierungen und die in deren Gefolge auftretenden Marodeure vom ersten Tag ihres Auftretens an physische und psychische Gewalt bis hin zu sadistischer Brutalität ausübten.“

Hoffmann verwischt hier die Grenzen. Die Revolutionäre „der ersten Stunde“ wendeten nur wenig, und wenn dann „mit Augenmaß“ Gewalt an; es kam zu keinerlei „Gräueltaten“, verwundete Offiziere (z.B. SMS „König“) wurden schnellstens ins Lazarett verbracht. Vgl. Mark Jones: Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik. Berlin 2017, S. 56.

S. 260

„Es hatte in Deutschland massive Einschüchterungen, Übergriffe auf Unbeteiligte, Tote und Verwundete in erheblicher Anzahl bereits gegeben, bevor kampfkraftige Truppen der Regierung erstmalig in das Geschehen eingreifen konnten.“

...

„Ohne Zweifel fanden sich auf beiden Seiten ehrliche Idealisten, ohne Zweifel fanden sich auch auf beiden Seiten kriminelle Elemente – der Zusammenhang von Ursache und Wirkung darf bei dem Versuch einer Beurteilung jedoch nicht unterschlagen werden.“

An dieser Stelle hätte Hoffmann neuere Literatur diskutieren müssen, die zu einer gegenteiligen Aussage kommt; vgl. z.B. Mark Jones, Am Anfang war Gewalt (Berlin 2017), S. 335 f.: „Zwischen November 1918 und Mai 1919 ... durchlief die deutsche Politik eine Reihe von Tabubrüchen, in deren Verlauf die Spirale der Gewalttaten sich intensivierte ... Der Wunsch der neuen Herren des deutschen Staates, ihren unbedingten Herrschaftswillen zu demonstrieren, war der innere Motor dieser Entwicklung.“

Im Folgenden beschreibt Hoffmann dann, dass auf Seiten der Roten Ruhrarmee auf Grund informeller Strukturen sich die Vorwürfe „schließlich im öffentlichen Bewußtsein und auch vor den Gerichten weitgehend im Unbestimmten verloren, ...“ und dass es auf der anderen Seite „durch die Vielzahl derselben [Formationen] und den vergleichsweise stark ausgedehnten Operationsraum dieser in Relation dazu eher kleinen Einheiten problematisch [war].“ (S. 261) Einige der Führer vor Ort hätten sich dann der Aufgabe straffste Disziplin durchzusetzen, als nicht gewachsen gezeigt. (S. 263) Meldungen über Übergriffe der Reichswehr, „die zwar häufig nicht der Wahrheit entsprachen“, hätten ihre Wirkung nicht verfehlt und auf beiden Seiten eine weitere Radikalisierung zur Folge gehabt. (S. 263)

Dann stellt Hoffmann verschiedene Berichte vor und diskutiert hauptsächlich die Reaktionen in der radikalen Linken darauf.

## 2.2 Juristische Nachwirkungen (278–298)

S. 279



In der juristischen Aufarbeitung wurde (auch in Kiel, wo die Admiralität Anzeigen gegen die die rechtmäßige Ordnung gegen sie verteidigende Matrosen einreichte) wurde auch gegen die Verteidiger der Regierung vorgegangen. Der Justizminister Andreas Blunck machte dazu in der Nationalversammlung am 19. April die von Hoffmann zitierten Ausführungen:

„Der Herr Reichsminister hat [...] folgende Ausführung über die Verfolgung von Personen gemacht, die in Abwehr des verbrecherischen Kapp-Putsches ihrer besten Überzeugung nach ihre Pflicht dem Volke gegenüber und zur Verteidigung der Verfassung zu tun glaubten. Auch in sofern wird bei verständiger Prüfung [...] in der Regel anzunehmen sein, daß der subjektive Tatbestand, das heißt das Bewußtsein von der Rechtswidrigkeit des Verhaltens keinesfalls vorliegt, selbst wenn man den objektiven Tatbestand einer strafbaren Handlung feststellen könnte. Das kommt natürlich ganz besonders auch für diejenigen Leute im Ruhrgebiet in Frage, die dort lediglich deshalb zu den Waffen gegriffen haben, weil sie der wirklichen oder vermeintlichen Überzeugung waren, gegen Kappsche Truppen zur Unterstützung der Regierung und für die Verteidigung der Demokratie zu kämpfen.“

Hoffmann wertet diese Äußerungen stark ab, weil sie keine klaren Maßstäbe für die Staatsanwälte geboten hätte, übersieht aber die klare Aussage „Verteidigung der Demokratie“, die durchaus eine Unterscheidung zu weitergehenden Absichten der radikalen Linken erlaubte.

S. 282

„Das tatsächliche Geschehen an den Gerichten gab bei unvoreingenommener Betrachtung wenig Anlaß zu pauschalen Verdächtigungen der Justizbehörden. Daß tatsächlich schwere Übergriffe geschehen waren, Verbrechen begangen wurden, wird hier nicht bestritten, ebensowenig, daß die Juristische Aufarbeitung teilweise sehr unbefriedigend verlief. Es sind dazu jedoch auch einige Dinge zu berücksichtigen, die im Zusammenhang entsprechender Vorhaltungen in aller Regel unerwähnt blieben. Während sich einige der zuvor beklagten Übergriffe der Truppe später als unbeweisbare Behauptungen herausstellten, und die diesbezüglich eingeleiteten Untersuchungen eingestellt werden mußten, schrumpften bei etlichen anderen die gerichtsrelevanten Tatbestände bei genauerem Hinsehen auf mindere Vergehen zusammen, und bei wieder anderen endeten die eingeleiteten Verfahren aus unterschiedlichen Gründen mit juristisch einwandfreien, mehr oder weniger deutlichen Freisprüchen. Das alles zog sich über mehrere Jahre hin.“

### 2.3 Hinterfragungen (298–334)

S. 298

„Die von Emil Julius Gumbel zu den Geschehnissen seit Ausbruch der Revolutionsbestrebungen veröffentlichten Arbeiten, darunter an erster Stelle seine 1922 in Berlin veröffentlichte, zentrale Anklageschrift ‚Vier Jahre Politischer Mord‘, beinhalten wesentliche Vorgaben für nahezu alle späteren Veröffentlichungen, in denen umfangreiche Schuldzuweisungen formuliert wurden an die Adresse des Militärs, i.e. Reichswehr und insbesondere Freikorps. Betreffende Autoren verknüpften dies oft mit gleichzeitig weitgehender Lossprechung der unter dem Signum politisch linker Ideen auftretenden Gruppierungen und des jeweiligen Umfeldes von der Verantwortung für geschehene Verbrechen, stellten diese verfälschend dar, ergingen sich in Relativierungen oder ignorierten die entsprechenden Vorfälle vollständig. Nahezu sämtliche späteren Arbeiten, in denen pauschalisierend weitgehende Vorwürfe gegen Soldaten der Freikorps formuliert wurden, lassen sich in Grundzügen und wesentlichen Bestandteilen, Argumentationslinien,



aufgegriffenen Einzelfällen und moralischen wie politischen Bewertungen, mehr oder weniger deutlich erkennbar auf die Schriften von Emil Julius Gumbel zurückführen.“

Hoffmann bezeichnet dann die Wandlung Gumbels zum Pazifisten als „nicht unbedingt ... ehrenhaft“, als Drücken vor einem Fronteinsatz und versucht sie mit einer Erschütterung des Selbstwertgefühls in der Grundausbildung zu erklären. (S. 299 f.)

**Die Beurteilung Gumbels durch Hoffmann empfinde ich als herabsetzend.**

S. 315 f.

Hoffmann setzt sich mit Wette und dessen (1988 bei einem Vortrag in Bonn) uneingeschränkt positiver Darstellung der Begriffe Aufstand und Revolution auseinander. Wette würde damit „die den Zeitgenossen deutlich erkennbaren Gefahren der ersten Nachkriegsjahre für den Fortbestand der Gesellschaft und der Gesamtnation, eingeschlossen eine reale Todesgefahr für ganze gesellschaftliche Gruppen in Entsprechung des russischen Beispiels [verleugnen].“

**Hoffmann gibt Wettes Position verzerrt wieder und setzt sich entsprechend nicht wirklich mit ihr auseinander: Wette unterscheidet tatsächlich zwei Phasen, die erste, in der die Gefahr des „Bolschewismus“ nicht real gewesen sei (tatsächlich wollte z.B. ein Großteil der aufständischen Matrosen in Kiel zunächst die Regierung unterstützen!), sondern als politisches Druckmittel verwendet worden sei, und die zweite Phase, in der dann die Gefahr real gewesen sei (als die KPD tatsächlich Einfluss bekam); vgl. Wolfram Wette: Noske. Eine politische Biographie. Düsseldorf, 2. unveränderte Auflage 1988, S. 293 ff. Diese Position bezog er auch in einem Vortrag in Kiel in den 2000er Jahren<sup>53</sup> und es ist kaum vorstellbar, dass er sie 1988 in Bonn anders vertreten hat.**

S. 317

Darstellung des Ruhraufstands.

Hoffmann bemängelt, dass die Untersuchung von Hans Spethmann von 1928 von späteren Analysten, besonders Erhardt Lucas nicht genügend studiert worden wäre und die schon früh von radikal linker Seite einsetzende diffamierende Kritik mit nahezu gleicher Syntax übernommen worden sei. (S. 327 f.)

Er stellt dann ausführlich Lucas' Werdegang vor.

S. 320 ff.

Dann beschäftigt er sich mit Klaus Theweleit, der eng mit Lucas verbunden war und mit dessen Darstellung, dass Freikorpsler homoerotische Männerbünde gebildet hätten.

**In diesem Zusammenhang behauptet Hoffmann: „Daß Diskreditierung von Homosexuellen als politisches Kampfmittel im Verlauf der Geschichte weit eher ein Problem auf der Seite der Linken denn der Rechten war, war im internen Diskurs weitgehend ausgespart geblieben.“ (Endnote 103) Dabei verweist Hoffmann auf den Artikel Christl Ruth Vonholdt: „Homosexualität verstehen“ Bulletin des Deutschen Instituts für Jugend und Gesellschaft, in: Internationale katholische Zeitschrift „Communio“ 35. Jg. 4/2006, mit einem falschen oder inzwischen geänderten Link: <http://www.dijg.de/homosexualitaet/verstehen-biblisches-verstaendnis-mann/> ag. 21.9.2021. Der Artikel ist inzwischen über den folgenden Link als Sonderdruck Herbst 2006 des „Bulletin – Nachrichten aus dem Deutschen Instituts für Jugend und**

---

<sup>53</sup> Der überarbeitete Vortrag erschien als Buch: Wolfram Wette: *Gustav Noske und die Revolution in Kiel 1918*. Boyens Buchverlag, Heide 2010.

Gesellschaft“ (mit „geringfügigen Änderungen“) zugänglich (4/2024):  
<https://studylibde.com/doc/6856169/homosexualit%C3%A4t-verstehen>. Die von Hoffmann behauptete Aussage kann ich jedoch im Artikel nicht erkennen.

S. 325-334

Auf den restlichen Seiten des Kapitels setzt Hoffmann sich dann ausführlich mit Lucas' Methodik auseinander, an der er kein gutes Haar lässt.

## **2.4 Eine Stadt und die Erinnerungen 1920-1970 (334-342)**

Nachwirkungen in Bottrop.

S. 335

„Die in Bottrop und näherer Umgebung umgekommenen Aufständischen fanden ihre letzte Ruhestätte auf dem Bottroper Westfriedhof, während die Gefallenen der Marinebrigade auf dem Friedhof in Kirchhellen bestattet worden waren. (Endnote 5) Auf beiden Gräberfeldern wurden während der 1920er Jahre schlichte Ehrenmale für die Toten jeweils in Privatinitiative errichtet. (Endnote 6)“

S. 338 f.

Bose, der damalige Ia Loewenfelds, übte Kritik an der Aufarbeitung nach 1945 und schrieb: „Dass wir uns um die alte Reichskriegsflagge sammelten, gehört m. A. auf Seite 1. Motive: Verhinderung eines weiteren Abrutschens in den Kommunismus und die Hoffnung, die Geschichte zurückzudrehen und die alten schwarz-weiß-roten Zeiten wieder herbeizuführen. (Endnote 34)“

S. 341

„... Manifestationen von Empathie beschränken sich zumeist auf einen - den eigenen Standpunkt vermeintlich bestätigenden Kreis von Opfern. Dies ist in jedem Falle nichts anderes als instrumentalisierte Pseudo-Empathie, ein Mißbrauch von Toten. Wo den Toten das stille Gedenken oder Gebet zukäme, sucht der Vereinsmeier im Kleinen wie der Politiker im Großen eine Bühne für Selbstvergewisserung und die Illusion von Bedeutsamkeit. Jedenfalls sollte sich nun bald herausstellen, daß es im Sinne aller lebenden und toten Beteiligten klüger gewesen wäre, wenn die alten Herren in Kiel [Kreis ehemaliger Loewenfelder] sich in ihren noch verbleibenden Jahren auf gemeinsame Kaffeefahrten beschränkt hätten.“

## **2.5 Die landesweite Skandalisierung eines Provinzereignisses (342-357)**

Im Frühjahr wollte sich die Kieler Gruppe der ehemaligen Loewenfelder in Bottrop treffen und sollte dort offiziell von der Gemeinde empfangen werden. Aus dem Umfeld Lucas' erschien nach Bekanntwerden ein großer Artikel in der FR (16.4.1970 die Brigade Loewenfeld als „Wegbereiter des Nationalsozialismus“ unter dem Titel „Sie wünschen offiziellen Empfang über dem Folterkeller“), und zum Treffen rückten Demonstranten aus dem linken Spektrum in großer Zahl und aus weitem Umkreis an. Die Presse dokumentierte das Ereignis ausführlich, auch das DDR-Fernsehen. Wobei Hoffmann vermutet, dass die Aktionen auch durch die DDR angestachelt wurden.

## Zusammenfassung (357-363)

S. 357

„Die 3. Marinebrigade von Loewenfeld wurde in der Zeit ihres Bestehens von März 1919 bis Mai 1920 auf Befehl der Reichsregierung in Berlin, Schlesien und dem Ruhrgebiet als Vertreter des schwachen, von innen wie außen massiv in seinem Bestand bedrohten demokratischen Staates vorrangig eingesetzt gegen bewaffnete Aufrührer bzw. verfassungsfeindliche Gruppierungen, die mit dem letztendlichen Ziel einer gewaltsamen Beseitigung der rechtmäßigen Regierung und der bestehenden Ordnung antraten; in Oberschlesien wurde die Brigade zudem auch eingesetzt zur Bekämpfung von kriminellen Banden, ...“

Wie die Aussagen Loewenfelds 1935 zeigen, war es das Ziel Loewenfelds und vermutlich der großen Mehrheit seiner Leute die rechtmäßige Regierung und die bestehende Ordnung zu beseitigen, dazu musste man allerdings zunächst mit der ungeliebten MSPD zusammengehen.

Hoffmann selbst schrieb am Beispiel der 1. Marinebrigade, dass der Aufbau republikanischer Einheiten möglich gewesen wäre. Hier wäre eine Diskussion dieser Aussage angebracht gewesen.

357

In Kiel wurde ein Bataillon der Brigade in schwere Kämpfe verwickelt, die sich dort in Folge des Berliner „Kapp-Lüttwitz-Putsches“ im März 1920 vor dem Hintergrund irreführender Meldungen, verworrener Kommandostrukturen und einer erschütternden, an Hysterie grenzenden Kopflosigkeit auf beiden Seiten ergaben; Offiziere des Bataillons konnten dem späteren Reichsjustizminister Gustav Radbruch gegenüber zweifelsfrei nachweisen, von den Putschplänen keine Kenntnisse gehabt zu haben, die Truppe war in keine von ihr zu verantwortenden, nachweisbar schuldhaften Handlungen verwickelt.

Claassens Einheit war die Hauptstütze bei Levetzows Bestreben, den Putsch in Kiel durchzusetzen. Claassen war bewusst, was er da tat, er hätte, wie Stabschef KzS Max Reymann, davon zurücktreten können und sich auf eine reine Verteidigungsposition zurückziehen können.

357 f.

„In Schlesien stand die Brigade nach ihrer übergeordneten Kommandostruktur in doppelter Hinsicht eindeutig in der Verfügung der Putschisten; sie unterstand als Marineverband der Marineleitung, die sich unter Admiral von Trotha mit der gesamten Marine der Berliner Putschregierung unterstellt hatte, vor Ort war sie zur Verfügung des VI. Armeekorps gestellt und unterstand mit diesem dem Reichswehrgruppenkommando I unter General von Lüttwitz, also dem militärischen Kopf der Putsch-Allianz. Vor dem Hintergrund landesweiter Konfusion agierte die Brigade in Breslau in Ausführung der in dieser Kommandostruktur erteilten Befehle. Kein Angehöriger der 3. Marinebrigade wurde vom Reichsgericht in Leipzig wegen Verwicklung in den Putsch verurteilt, gegen Loewenfeld selbst, an dessen Sympathie zumindest für Hermann Ehrhardt und dessen 2. Marinebrigade kein Zweifel besteht, wurde keine Anklage erhoben.“

Hoffmann beruft sich verschiedentlich auf gerichtliche Untersuchungen und Urteile. Diese unkommentierte Anführung kann aber aufgrund der deutlich reaktionären Justiz der Weimarer Republik (vgl. etwa die milden Urteile gegen Adolf Hitler) nicht überzeugen.

Loewenfeld schrieb 1935: „Am 15. März 1920 marschierte die Brigade, verstärkt durch die schlesischen Freikorps von Aulock, Kühme und Paulsen nebst Zeitfreiwilligen-Formationen, in Breslau ein und säuberte Breslau und Schlesien von den mehrheitssozialistischen Machthabern.“<sup>54</sup>.

358 f.

„Durch die weithin übernommene, falsche Darstellung des Sozialhistorikers Erhard Lucas, nach der in Bottrop vor Eintreffen der Brigade eine umfassende Waffenabgabe stattgefunden habe, wurden Soldaten wie Führer der 3. Marinebrigade im späteren Diskurs durch eine nachweisliche Unwahrheit zu Unrecht schwer belastet. Die Truppe folgte bei ihrem Vorrücken verbindlichen Handlungsanweisungen der Reichswehrführung zur Bekämpfung von Aufstandsbewegungen in städtischem Gebiet, wo sie sich mit heftigster Gegenwehr konfrontiert sah. Es kam zu zahlreichen, teilweise sehr schweren Übergriffen und Todesfällen durch Erschießungen; es besteht kein Zweifel, daß einige Angehörige der Brigade während einer kurzen Phase unbedingter Gewalthoheit persönlich versagten und sich sehr schwere Vergehen zu Schulden kommen ließen, Daß einige Angehörige der 3. Marinebrigade im Gefolge von Kampfhandlungen haßgetriebene Racheakte vollzogen, einige sich dabei zu schweren Verbrechen hinreißen ließen, daß sich in ihren Reihen auch einige wenige nicht rechtzeitig erkannte und ausgesonderte notorische Gewalttäter eingefunden hatten, die in einem Moment unbedingter Gewalthoheit ihre dunklen Triebe auszuleben versuchten; daß die Truppe mit übertragenen polizeilichen und gerichtlichen Funktionen im Zusammenhang mit den Kampfhandlungen im Ruhrgebiet zum Teil völlig überfordert war und es dabei auch zu Unrechtshandlungen und schweren Vergehen kam – nichts davon kann oder soll hier in Abrede gestellt werden. Es ist aber wie auch in jedem anderen ähnlich gelagerten Fall darauf hinzuweisen, daß sich derartige bedrückende Erscheinungen in allen Bürgerkriegsszenarien auf die beteiligten Parteien verteilt finden. Schuld und Verantwortung läßt sich danach nicht auf den Schultern der einzelnen beteiligten Kämpfer beider Seiten allein abladen, sondern ist zuerst auch bei denjenigen zu suchen, die die politischen und emotionalen Vorgaben liefern, die psychologische Aufhetzung betreiben und die Verantwortung für die daraus entstehenden Folgen ihres Treibens den Einzelnen in den exponierten Linien der Aktion zuweisen.“

Die Schuld liegt in erster Linie bei den Reaktionären, die einen Sturz der Republik und die Abschaffung der Demokratie betrieben. Und zu denen gehörte auch v. Loewenfeld. Dies geht zweifelsfrei aus seinem Artikel von 1935 hervor. Hoffmann gesteht zu, dass Loewenfeld reaktionär war, aber spricht an keiner Stelle deutlich aus, dass Loewenfeld Republik und Demokratie abschaffen wollte.

359

„Aus zumeist politischer Opportunität wurde bei Darstellungen zu den Handlungen der Soldaten der Marinebrigade von Loewenfeld vielfach, wie bei denen der Freikorps überhaupt, eine Mehrheit rechtschaffener Soldaten für das Fehlverhalten und die Vergehen einer Minderheit in eine Art von alttestamentlicher Kollektivhaftung genommen; ...“

Dass es auch „rechtschaffene“ Soldaten bei den Freikorps, speziell in der 3. MB gegeben haben mag, ist vorstellbar (Bericht des Sipo-Leutnants Kemsies von Überläufern in Kiel, Beerdigung von Freikorps-Opfern auf dem Eichhof-Friedhof zusammen mit Opfern der Arbeiterwehr). Generell dürfte aber die Stimmung von Loewenfeld 1935 (Auszüge s.u.) richtiger wiedergegeben worden sein und alles was

---

<sup>54</sup> Wilfried v. Loewenfeld: Das Freikorps von Loewenfeld. 3. Marine-Brigade. In: Hans Roden: Deutsche Soldaten. Leipzig 1935. Der Entwurf des Beitrags ist zugänglich im Bundesarchiv Freiburg unter BArch RM 122/116 Bl. 30–133.

irgendwie verdächtig gewesen war, dürfte aussortiert worden sein (vgl. etwa das Vorgehen gegen den Republikanischen Führerbund<sup>55</sup>).

Wiederholte rhetorische Breitseiten, die großteils angesichts der tatsächlichen Vorwürfe übertrieben wirken und den Boden wissenschaftlicher Auseinandersetzung verlassen:

(S. 359) „Es geht betreffenden Autoren dabei auch erkennbar oder sogar offen eingestanden zumeist weniger um ein erkenntnisgeleitetes Verstehen mit dem größtmöglichen persönlichen Bemühen um Neutralität, als vielmehr um ein interessegeleitetes, unbedingtes und vollständiges Widerlegen.“

(360) „partielle geistige Blindheit“

(S. 32 ff) Vorwurf an Dr. Stephan Huck „Geschichtsfälschung“. Huck wäre sicherlich der Letzte gewesen, der sich einer seriösen wissenschaftlichen Diskussion verweigert hätte (er ist leider überraschend im Dez. 2023 gestorben).

360

„Nach einer der Marineführung angelasteten Geheimdienstaffäre [Lohmann-Affäre] wurde Loewenfeld vorzeitig verabschiedet und geriet in Vergessenheit.“

360 f.

„Beteiligte Wissenschaftler benutzten dem Gebot größtmöglichen Bemühens um Objektivität grundsätzlich zuwider laufende Strategien aus dem Feld des „social engineering,“ d. h. sie arbeiteten an etlichen Stellen sozial-manipulativ im Sinne einer irreführenden, verzerrten Darstellung des Untersuchungsgegenstandes. Dies erfolgte durch auf die emotionale Ebene zielende, unsachliche Suggestivverknüpfungen in Schrift- und Bildsprache, durch selektive Quellenbeachtung, selektive Verkürzungen von Zitaten bis hin zur bewußten Nichterwähnung von nicht zu den eigenen Folgerungen passenden Fakten, bewußter Verweigerung von Informations- oder Dokumentenannahme von unerwünschten Zeitzeugen, oder grundsätzlicher Nichtberücksichtigung von Quellen- und Literaturmaterial aus von ihnen politisch verdächtigter Herkunft. Ein differenzierender Blick auf Geschehen und Akteure wurde oft verwehrt, das forschungsethische wie allgemein menschliche Postulat größtmöglicher Neutralität bzw. größtmöglichen Gerechtigkeitsstrebens teilweise bewußt oder gar erklärt vernachlässigt. Der für die Debatte in der Region wie auf nationaler Ebene herausragende Bedeutung erlangende Erhard Lucas, politisch auf der äußersten Linken positioniert, bekannte unmißverständlich seine eigene Voreingenommenheit und baute seine Arbeiten insbesondere auf den von ihm gezielt emotionalisierten, fünfzig Jahre nach den Geschehnissen geäußerten Erinnerungen von einigen ausgewählten Zeitzeugen aus der Arbeiterschicht auf. In den heftigen Auseinandersetzungen zur Thematik in der Ruhrgebietstadt Bottrop finden die allgemeinen Deutungskonflikte eine regionale Spitze. Ausgelöst aus Anlaß eines Veteranentreffens im Jahre 1970, und seither fortgeführt um die Benennung einer Straße, wurde die Auseinandersetzung frühzeitig insbesondere von einem Kreis um Erhard Lucas in einer Weise geprägt, die den Korridor für einen sachlichen Austausch fundierter Argumente stetig weiter verengte.“

362 f.

„Im medialen ebenso wie im wissenschaftlichen Bereich wird bei den Auseinandersetzungen auch und besonders um geschichtliche Fragestellungen immer häufiger und zusehends offener auch mit Methoden der Einschüchterung und persönlichen Diskreditierung von anders denkenden und anders argumentierenden Personen und Gruppen gearbeitet; dies eine der

---

<sup>55</sup> Francis L. Carsten: Reichswehr und Politik 1918–1933. Köln, Berlin 2. Aufl. 1965, S. 82 ff.

Widersprüchlichkeiten eines Milieus, aus dem heraus zwar beansprucht wird, wissenschaftlich und ethisch vorzugehen, dabei aber immer wieder mit moralisch aufgeladenen Vorwürfen, Behauptungen und Vermutungen bis hin zu Unterstellungen gearbeitet wird. In neuester Zeit kommen dazu die über klandestine Netzwerke aus zumeist institutionell privilegierten Position heraus durchgesetzten, unter den Anglizismen „cancel-culture“ und „deplatforming“ bereits in den allgemeinen Sprachgebrauch eingegangenen Bestrebungen auch im wissenschaftlichen Sektor. Hier steht schließlich ein Verdacht im Raum, den der Journalist Henning Lindhoff so ausdrückte: „Der eigentliche Angriff gilt deswegen nicht nur den Grundlagen wissenschaftlicher Lauterkeit, sondern zielt auf etwas noch viel Grundlegenderes ab, nämlich auf die Idee der Wahrheit als solche.“<sup>56</sup> (Endnote 1: Henning Lindhoff: „Erster Weltkrieg; Jemand musste bezahlen - Die Frage der Kriegsschuld vor und nach der Urkatastrophe“; ef-magazin<sup>56</sup> 01/2014, unter: <<http://ef-magazin.de/2014/01/27/4891-erster-weltkrieg-jemand-musste-bezahlen>> ag. [aufgerufen] 21.9.2021.)

Hoffmann beansprucht die Wahrheit als solche; so muss man das wohl interpretieren mit seiner erratischen Methodik ist er davon leider vielfach sehr weit entfernt.

## Anhang (365-481)

### Ergänzungen

Gründungs-Werbeaufuf Marinefreikorps von Loewenfeld .....	365
Anekdotisches: Die merkwürdigen Angelegenheiten des Bürgermeisters Emil Schmitz	367
Angaben zu Quellen und Literatur	373
A. Ungedruckte Quellen	374
B. Gedruckte Quellen	379
C. Literatur	383
D. Zeitschriften, Zeitungen	386
E. Elektronisch eingesehene Materialien	387
Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen	391
Anmerkungen	401
Register	461
Personenreg.	461
Ortsreg.	470
Sachregister	475

<sup>56</sup> Auszug aus dem Wikipedia-Artikel über das Magazin (aufgerufen am 8. März 2024): „eigentümlich frei (ef) ist eine seit 1998 erscheinende politische Monatsschrift mit zehn Ausgaben pro Jahr und zwei Doppelnummern. Ihre Positionen bezeichnet Herausgeber und Chefredakteur André F. Lichtschlag als individualistisch, kapitalistisch und libertär. Einige Politikwissenschaftler sehen in der Zeitschrift weltanschauliche und personelle Überschneidungen mit der Neuen Rechten.“





## Anhang 3: Auszüge aus einem Artikel Loewenfelds 1935

**Auszüge aus Wilfried v. Loewenfeld: Das Freikorps von Loewenfeld. 3. Marine-Brigade. In: Hans Roden: Deutsche Soldaten. Leipzig 1935. Der Entwurf des Beitrags ist zugänglich im Bundesarchiv Freiburg unter BArch RM 122/116 Bl. 30–133.**

„Dem nach Kiel detachierte II. Bataillon meines Freiwilligen-Regiments 5 gelang es, unter der vortrefflichen Führung seines in den Straßenkämpfen bereits verwundeten Kommandeurs, des Korvettenkapitäns Franz Claassen, in schweren Gefechten sich gegen die Masse zu behaupten. Als Kiel nicht mehr zu halten war, schlug sich dieses einzelne Bataillon in langen Märschen nach dem Lockstedter Lager durch.“<sup>57</sup>

„Am 23. Juni 1919 beschloss diese sich deutsch nennende Nationalversammlung die Unterzeichnung [des Friedensvertrags von Versailles]. [...] Die Verletzung der Ehre der Nation [...] steigerte die Opposition der Freikorps gegenüber der November-Regierung. [...] Die Freikorps waren wohl damals schon stark genug, die Regierung abzusetzen, [...]. Aber es fanden sich keine ernsthaften Politiker, die es gewagt hätten, gestützt auf die Freikorps, zu regieren. Es hieß also abwarten und sich stark machen. Man hoffte, im Gegenstoß gegen den immer erwarteten Generalaufstand der Spartakisten neue Verhältnisse zu schaffen. [...]

Es musste etwas geschehen! Kapp war es, der, gestützt auf die Freikorps, den Ruck nach rechts ausführen und eine neue nationale Regierung bilden wollte. Zur Entscheidung gedrängt, marschierte der in Döberitz mit seinem Freikorps liegende Kapitän Ehrhardt am 13. März 1920 in Berlin ein. Und schon am Nachmittag des 13. März begannen selbst im entlegenen Schlesien Unruhen der von links aufgewiegelten Massen. Auf die Hilferufe des Generalkommandos Breslau hin mit einigen Lastkraftwagen voll Freiwilligen und dem Stab vorausausend, konnte ich in Breslau noch das Schlimmste abwenden und den Umsturz der schlesischen Hauptstadt zum Bolschewismus verhindern. Am 15. März 1920 marschierte die Brigade, verstärkt durch die schlesischen Freikorps von Aulock, Kühme und Paulsen nebst Zeitfreiwilligen-Formationen, in Breslau ein und säuberte Breslau und Schlesien von den mehrheitssozialistischen Machthabern. Militärisch ein voller Erfolg, versagte der Kapp-Putsch schon nach wenigen Tagen an der inneren Politik. Kapp trat am 15. März 1920 zurück und die Freikorps zogen grollend aus den Hauptstädten wieder ab.“

„Der mächtige Aufstand im Ruhrgebiet brachte die November-Regierung in die Verlegenheit, die Freikorps wieder zur Hilfe rufen zu müssen, denen sie wenige Tage vorher den Auflösungsbefehl gegeben hatte. Um das westfälische Aufstandsgebiet herum wurden unter dem Befehl des Generalleutnants Freiherrn von Watter alle verfügbaren Freikorps gesammelt. Symptom der damaligen Zeit: Während die Regierung mich fast flehentlich bat, nach dem Ruhrgebiet zu marschieren, trotzdem die Auflösung sich bereits auswirkte, bekämpften die Organe dieser selben Regierung in Holstein das einzelne Bataillon der 3. Marine-Brigade und versuchten, allerdings vergeblich, es seiner Waffen zu berauben.

---

<sup>57</sup> Davon, dass sich die Einheit zum Lockstedter Lager „durchschlagen“ musste, kann keine Rede sein. Es fanden verschiedentlich Verhandlungen statt und außer an den Hochbrücken in Kiel kam es zu keinen militärischen Auseinandersetzungen.

Die Brigade wurde am 23. März 1920 von Breslau in 16 Transportzügen nach Westfalen abtransportiert. Sie war wohl zur damaligen Zeit das stärkste Freikorps in Deutschland überhaupt, nicht nur durch Kopfzahl – etwa 8000 Freiwillige –, sondern auch durch seine Zusammensetzung, Infanterie, Pioniere, Artillerie mit vier Kalibern, Minenwerfer, Flammenwerfer, Panzerzüge, Panzerwagen, Flieger, Kraftwagenkolonnen -, wodurch sie jeder Anforderung im Kampfe gewachsen war. Bedeutende Mengen von Waffen und Munition, Bekleidung, Verpflegung und Betriebsstoff wurden in riesigen Vorratszügen mitgeführt und machten die Brigade unabhängig von fremdem Nachschub. Doch die Hauptsache, diese Truppe war nicht nur gut versorgt und ausgebildet, sie war fanatisch, gehorsam dem Kommandeur. Und diese stolze Truppe fuhr in den Kampf in dem Bewußtsein, dass nach dem sicheren Siege als Lohn wieder die Auflösung winkt! Wirklich selbstlosester Freikorpsgeist!“

„Dann folgte schnell die endgültige Auflösung. Und nun zeigte sich zum erstenmal auch unter uns Zerrissenheit, besonders schmerzlich zu schauen bei Männern, die zusammen in gleichem Geiste gefochten.

Die einen wollten nicht den nunmehr notwendigen Fahneneid auf die Republik schwören, nicht den verachteten Pleitegeier an der Mütze tragen und nicht das Symbol Schwarz-Weiß-Rot aufgeben, die anderen sagten, daß jeder Platz in der neuen Wehrmacht von einem Freikorpsmann besser besetzt sei als von einem November-Revolutionär.

Die ersteren wurden meist zerstreut in alle Winde, aber wurden bald, jeder in seinem neuen Wirkungskreis, Kämpfer der nationalen Erhebung.

Von den anderen traten 2100 Freiwillige zur Marine, 60 zur Armee und 70 zur Schutzpolizei über. Sie harrten – den alten Freikorpsgeist im Herzen – in vorbildlicher Pflichterfüllung aus, bis auch für sie der Tag kam, an dem der Soldatenberuf wieder Ehrendienst an der nationalen Sache werden sollte.

So sind die, die nach der Auflösung getrennt marschierten, heute wieder vereint und bei den Erinnerungsfeiern des Freikorps sieht man nebeneinander die ehemaligen Freiwilligen in den verschiedensten Uniformen – Reichsmarine, Reichsheer, alte Armee, SA und SS, und das schlichte Feldgrau des Freikorpskämpfers - aber alle in gleichem Geist, dem alten Freikorpsgeist!“